

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnements 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Abonnements-Einladung.

Zum Quartalswechsel eröffnen wir ein neues Abonnement auf das „Berliner Volksblatt“ mit dem „Sonntagsblatt“ als Beilage.

Für die bevorstehende Reichstagsession erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß das „Berliner Volksblatt“ die eingehendsten, sachlichsten und ausführlichsten Parlamentsberichte bringt. Bei dem regen Interesse, welches allerseits den kommenden Verhandlungen im Reichstage dargebracht wird, ist es für Jeden, der über die politischen Vorgänge vom sozialdemokratischen Standpunkt aus unterrichtet sein will, geboten, das einzige, täglich erscheinende Arbeiterorgan der Reichshauptstadt zu halten.

Der Preis unseres Blattes ist so bemessen, daß Jeder dasselbe lesen kann.

Unser Blatt kostet frei ins Haus

# 1 Mark 10 Pfennig

pro Monat und 25 Pfennig pro Woche.

Durch die Post bezogen von jetzt ab nur

# 3 Mark 30 Pf.

pro Quartal (eingetragen in der Postzeitungsliste für 1890 unter Nr. 892 V. Nachtrag).

Unsere geehrten Postabonnenten bitten wir, das Abonnement rechtzeitig zu erneuern, damit keine Verzögerung in der Lieferung eintritt.

Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

## Die alte Schule.

Wir sehen den Reichskanzler aus seinem Amte scheiden ohne Erregung, denn wir hatten dies Ereignis längst erwartet; wir empfinden aber eine gewisse Genugthuung darüber, daß der mächtigste Gegner des Arbeiterschutzes und der hartnäckigste Träger des Sozialistengesetzes sich außer Stande sehen muß, die Regierung des Reiches weiter zu führen. Das System Bismarck hat sich überlebt. Wir widmen dem Ereignis nur unsere ruhige Betrachtung, denn wir wollen nicht verwechselt sein mit jener niedrig klaffenden Meute, die durch Jahrzehnte mit vollen Backen das Lob des Kanzlers in den überschwänglichsten Epitheten in die Welt hinausposaunte, und die sich nun rümpelt, sich den Männern der Zukunft zu empfehlen, indem

sie den Scheidenden schmählt. Schon vor einigen Tagen sah man die Ratten das Schiff verlassen; noch einige Tage, und wir werden den Chorus der bisherigen Anbeter des Kanzlers gegen ihn vereinigt sehen.

Wir waren und sind Gegner des Reichskanzlers aus Prinzip und haben unter seiner Politik schwer gelitten, allein wir zählen uns zu den anständigen Politikern und stimmen unserer Reputation halber nicht ein in den Chorus der gewerbsmäßigen Lobhudler und Tadler.

Wir haben immer betont, daß die Auffassung des Fürsten Bismarck von der politischen Stellung und Bedeutung der Parteien eine veraltete sei und aus der alten Schule stamme, die einst Metternich und Genossen zur Vollenbung erhoben hatten. Diese Schule wollte den Parteien mit oppositionellen Anschauungen und Bestrebungen einfach keine Existenzberechtigung zuerkennen. Was über das Hergebrachte hinausging, ward einfach zu beseitigen gesucht, und man lebte in der alten staatsmännischen Schule in der unglaublichen Täuschung, daß es möglich sei, in dem so vielgestaltigen Staats- und Gesellschaftsleben von heute eine den höheren Regionen passende Gleichförmigkeit der Meinungen und Anschauungen herzustellen. Dies ist dann unmöglich, wenn die Anschauungen mit den sozialen Zuständen zusammenhängen. Die inneren Prozesse unseres Gesellschaftswesens bedürfen eine maushörliche Umbildung desselben; darauf beruht der Fortschritt, und die Meinungen, die damit zusammenhängen, die Bestrebungen, die daraus erwachsen, können mit polizeilichen Nachtmitteln nicht beseitigt werden. Die Thatsachen dürften darüber hinreichende Belehrung bieten und der Reichskanzler tritt ab, weil sein System zu den neuen Ideen nicht mehr paßt.

Als der einstige Reichshauptmann, Herr von Bismarck-Schönhausen, vor achtundzwanzig Jahren in kritischer Zeit die Leitung des preussischen Staatswesens übernahm, fand er als Opposition nur die Trümmer der alten Demokratie von 1848 und 1849 vor. Diese Partei, die einen rein bürgerlichen Anspruch hatte und die Arbeiter nur als ein Piedestal ansah, hatte sich ausgelebt und sich in die preussische Fortschrittspartei verewässert. Das Uebermaß der Reaktion der fünfziger Jahre hatte ihr wieder einigen Schwung gegeben; sie erhielt durch ein Verschmelzen aller liberalen Elemente gegenüber dem für feudal-konservativ geltenden Ministerium Bismarck die Mehrheit im Landtage. Bismarck führte den Kampf gegen die alte Demokratie mit aller Energie seines Naturells, und es gelang ihm nicht nur, sie völlig zu zertrümmern, sondern seine Erfolge wirkten auch dermaßen, daß ein großer Theil der Führer dieser Partei völlig verwandelt und aus Gegnern Bismarcks glühende

Anhänger desselben wurden. Sie ließen sich nach Dutzenden aufzählen. Zwei glückliche Kriege hatten dazu das Ihrige gethan und nach dem dritten großen Kriege war von der alten Demokratie kaum mehr etwas vorhanden; die Fortschrittspartei war ängstlich bemüht, nicht allzu störrisch zu sein.

Ein solcher Erfolg ist leicht dazu angethan, einen Staatsmann zur Unterschätzung seiner Gegner zu verleiten. Als das neue Deutsche Reich gegründet war, suchte der nunmehrige Reichskanzler mit seinen Gegnern, die von der ihm ergebenden Presse, zugleich für Gegner des Reichs und des Staats überhaupt erklärt wurden, aufzuräumen. Es begann der famose Kulturkampf, bei dem man über sah, daß man es in der katholischen Kirche mit einer sozialen Macht zu thun hatte. Der Kulturkampf, der sogar die Reste der alten Demokratie theilweise verblendete, mußte mißlingen aus tausend Gründen. Er hat dahin geführt, daß der Liberalismus völlig verflachte und daß die katholische Partei die mächtigste im Lande wurde.

Gegen die sozialistische Bewegung schritt der Reichskanzler bald ein. Seine Versuche, das Strafgesetzbuch zu verschärfen, wurden vom Reichstage abgewiesen; ebenso der Versuch, die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs zum Gesetz zu machen, womit man den Arbeitseinstellungen vorbeugen wollte. Ein anderes Mittel kannte man nicht. Da kamen die Attentate von 1878. Ein erstes Sozialistengesetz ward abgelehnt; beim Nobiling'schen Attentat aber telegraphirte der Reichskanzler: „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie!“ aus Friedrichshagen nach Berlin. Die Thatsache, daß Nobiling ein Nationalliberaler war, wurde dadurch allerdings nicht alterirt. Aber nunmehr ward ein Sozialistengesetz bewilligt, und nach zwölfjähriger Wirksamkeit desselben sind auf die Sozialdemokratie die meisten Stimmen im Reich gefallen und sie zählt 35 Sitze im Parlament. Früher kam es vor, daß Fachvereine als politisch und sozialistisch verboten wurden, weil sie sich für den Maximal-Arbeitstag aussprachen; jetzt sprechen sich die kaiserlichen Erlasse für die Beschränkung der Arbeitszeit durch ein Gesetz aus. Zu Berlin tagt die internationale Konferenz, um eine Materie zu beraten, die der Reichskanzler immer als „unmöglich“ betrachtet hat.

Aus alledem kann man eine Lehre ziehen, die etwas ungemein Tröstliches hat:

Die Völker können heute nicht mehr nach den Grundsätzen der alten Schule regiert werden. Dazu sind die soziale Umgestaltung einer- und das wachsende Verständnis der Massen für die Zeitfragen andererseits zu weit vorge schritten.

## Feuilleton.

### Der Mord auf dem Ball.

Aus dem Leben einer Kreisstadt.  
Von J. S. Panow.

Dann wurde das Verzeichniß der Zeugen verlesen, die alle erschienen waren. Sie wurden ebenfalls verurteilt, ausgenommen die beiden Ruslanow. Streichungen von der Liste fanden weder in dem einen noch in dem andern Falle statt.

Der Zeugen waren im Ganzen neunundneunzig, die von der Anklage geladen waren. Unter ihnen befanden sich der Kornet Norbach und Petrowski. Die Vertheidigung hatte außerdem vier mir unbekannt Personen geladen.

Meist als die Hälfte der Personen, die auf dem Ball zugegen gewesen, war nicht zu der Verhandlung geladen, weil ihre Aussagen vollkommen unnütz waren.

Der Sekretär verlas die Anklage. Nachdem der Vorsitzende in Kürze das Wesen der Anklage erörtert hatte, frug er Tschalow, ob er sich als schuldig bekenne.

Er antwortete verneinend. Der Vorsitzende wandte sich zu Kron:

— Angeklagter Kron! Sie sind beschuldigt, erstens am 22. Oktober vergangenen Jahres von einer Ihnen unbekannt Person im Hotel „Mir“ ein silbernes Diadem mit 35 Brillanten gekauft und, nachdem Sie aus den bei der Hausdurchsuchung in Ihrer Wohnung gefundenen Zeitungen erfahren, daß das in Ihren Händen befindliche Diadem durch

einen Mord erworben sei, den Verkäufer, als der sich in der Folge der Edeldame Nikander Petrowitsch Tschalow herausgestellt, nicht angezeigt zu haben; zweitens, obwohl Sie gewußt haben, daß das Diadem durch einen Mord erworben war, dasselbe sich angeeignet, vier Brillanten daraus verkauft und den Verkauf der übrigen beabsichtigt zu haben, was Ihnen bloß aus von Ihnen nicht abhängigen Gründen nicht gelang. Bekennen Sie sich schuldig?

— Nein! sagte Kron, mit den Händen suchtelnd und das Haupt hin und her bewegend. Ich habe eine kaufmännische Abmachung getroffen; da ich das Diadem gekauft hatte, hielt ich mich für berechtigt, vier Brillanten zu verkaufen und mich um den Verkauf der übrigen zu bemühen. Die Zeitungen habe ich gelesen, aber angenommen, daß die Nachricht von der Ermordung des Fräuleins Ruslanow eine Zeitungsentente sei, da sie mir höchst unwahrscheinlich erschien. Das Faktum des Ankaufes des Diadems leugne ich nicht, gestehe aber kein Verschulden meinerseits zu. Ich verliere dabei 300 Rubel eigenes Gelde und bitte den Gerichtshof, sich in meine Lage zu versehen.

— An welchem Tage erhielten Sie das Diadem?  
 — Am 22. Oktober wurde ich mit ihm darüber handelsmäßig, sagte der Jude, auf Tschalow weisend. Am 23. Oktober empfing ich das Diadem von dem Pächter.

— Wie viel Tage nach Erscheinen einer jeden Nummer erhielten Sie die in Petersburg ausgegebenen Zeitungen?  
 — Am folgenden Tage.

— Sie konnten folglich am 26. bereits die Zeitungen lesen, die am 25. Oktober erschienen waren?  
 — Es muß so sein.

— Sie lasen in diesen Zeitungen die Beschreibung des Mordes mit der Angabe der Zeit und des Ortes

des begangenen Verbrechens und des Namens der Ermordeten?

— Ich habe sie gelesen.  
 — Sie haben die genaue Beschreibung gelesen, daß der Ermordeten vom Mörder ein silbernes Diadem geraubt wurde, welches mit 36 Brillanten besetzt war, von denen einer am Orte des Verbrechens zurückgelassen wurde und die übrigen mit dem Diadem entführt worden sind?

— Ich habe sie gelesen.  
 — Während Sie diese Zeitungen lasen, war das Diadem schon in Ihren Händen?

— Ganz richtig.  
 — Sie konnten nicht umhin, zu bemerken, daß das von dem Mörder geraubte Diadem vollkommen jenem gleich, welches Sie gekauft hatten?

— Ja, aber ich dachte, das sei ein Zufall.  
 — Sie bezeichneten doch alles, was sich auf den Raub des Diadems bezog, in den Zeitungen mit Bleistift.

— Nein, ich bezeichnete es nicht.  
 — Wer machte also die Zeichen mit rothem Stift?  
 — Das weiß ich nicht.

— Sehen Sie sich! Der Gerichtshof geht zur Prüfung der Zeugenaussagen über. Herr Quisler, führen Sie den Zeugen, wirklichen Staatsrath Wladimir Alexandrowitsch Ruslanow herein!

Der Quisler ging hinaus. Ich blickte nach dem Tisch der wesentlichen Beweisstücke. Auf ihm lagen: ein Plan des Hauses Ruslanow, das Stück braunen Luchses, Rock, Hose und Weste von gleicher Farbe, das plattgedrückte Diadem, sechsunddreißig Brillanten, und das Modell des Diadems, Stiesel und Ghsabdrücke der Spuren, der graue Paletot und die weiße Wammfellmütze, der von

An den Nachfolgern des Kanzlers wird es sein, diese Lehren zu beherzigen. Wenn sie seine Bahn innehalten wollen, werden sie dieselben Erfahrungen machen wie er; nur werden sie nicht so ausdauernd sein, da ihnen das Gewicht seiner historischen Vergangenheit fehlt. Wir wollen sehen.

**Berichtigung.** In unserem gestrigen Leitartikel „Vand-tägliche“ muß es in Spalte 2 Zeile 10 „Kartellgebäude“ heißen.

## Korrespondenzen.

**Zürich, 17. März.** Es wurde von uns bereits berichtet, daß der Ausschuss des schweizerischen Arbeiterbundes für den Ostermontag, 7. April, einen schweizerischen Arbeitertag nach Olten einberufen. Bekanntlich wurde der Arbeiterbund von dem 1887 in Karau stattgefundenen Arbeitertag gegründet. In Rücksicht darauf, daß dessen eigentliche Hauptaufgabe die Vertretung des Arbeiters in der Schweiz war, hatte der Bundesrat als förmliche Bedingung der Subvention die Forderung gestellt, daß die Delegierten zum Arbeitertage ausschließlich Schweizer sein müssen und kein Ausländer gewählt werden dürfe. Die „unabhängige“ kapitalistische Presse aller Parteidirectionen bejubelte in einem Freudentaumel den Ausschluß der Ausländer, während die sozialistischen Elemente der schweizerischen Arbeiterschaft über diese unbillige Engherzigkeit eifrig entrüstet waren und ihrer Entrüstung auch in den Arbeiterblättern und Versammlungen öffentlich und energisch Ausdruck verliehen. Die leitenden Personen selbst schienen von der Bedingung nicht sonderlich erbaut zu sein und man durfte auf jeden Fall erwarten, daß jener betrübende Vorgang keine Wiederholung finden werde. Diese Erwartung ist nun getäuscht worden. In dem Einberufungs-Zirkular des Vorstandes des Arbeiterbundes heißt es: „Als Abgeordnete dürfen nur Schweizerbürger gewählt werden. Nur Vereine, die in Mehrheit aus Schweizern bestehen, dürfen Abgeordnete senden.“ Also die gleiche Engherzigkeit wie 1887. Es wurde jedoch nicht belamit, ob sie abermals auf die unbefugte Einmischung des Bundesrates oder auf die freie Initiative des Bundesvorstandes zurückzuführen ist. Merkwürdiger Weise ist an dieser einschränkenden Klausel noch von keiner Seite irgend ein Wort Kritik geübt worden. Hat sich seit dem Karauer Arbeitertag in den Kreisen unserer schweizerischen Arbeiterschaft ein so vollständiger Gesinnungsumschwung vollzogen, daß sie das heute schweigend und ruhig hinnehmen, was sie vor drei Jahren scharf verurtheilt? Die Dinge liegen aber so, daß der engherzige Standpunkt gar nicht einmal konsequent verfolgt werden kann. Nach unserer Meinung dürfte die Mehrzahl der Mitglieder des Gewerkschaftsbundes aus Ausländern bestehen — die schweizerischen Arbeiter haben erst zu einem kleinen Theile die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation erkannt — und doch hat der Bund das Recht, 17 Delegirte zum Arbeitertag zu entsenden.

Es ist übrigens möglich, daß der Ausschluß der Ausländer in der sozialdemokratischen Presse noch kritische Erwiderung findet, nachdem die „Schweizer Sozialdemokrat“ in seiner letzten Nummer eine Entsendung von einem Genossen veröffentlichte, welche für Zulassung der Ausländer zum Arbeitertag plädiert. Es heißt da u. a.: „Warum an einem nicht politischen, nur wirtschaftlichen Arbeitertage die Interessen verfolgenden Verbände die in der Schweiz zahlreich lebenden und steuernden ausländischen Arbeiter nicht Theil nehmen können sollten, ist allerdings logisch nicht ersichtlich. Man nimmt ja diese Arbeiter vom Arbeiterschutz auch nicht aus; auch für sie gilt das Fabrikgesetz, das Gastpflichtgesetz etc. Aber der Bundesrat wird wohl sagen: So will ich's, so befehle ich's; mein Wille ist Grund genug!“

Um die Unabhängigkeit der schweizerischen Arbeiterbewegung ist es schlimm bestellt, wenn sie sich von einem Meister die Bedingungen zu einem Arbeitertage diktiert und oktroyieren lassen muß. Und den Gewerbetreibenden, die ebenfalls ein vom Bunde subventioniertes und zwar doppelt so hoch subventioniertes Sekretariat besitzen und die gleichfalls viele Ausländer in ihrer Mitte zählen, mag der Bundestag nicht für ihre Versammlungen und Konferenzen Vorschriften zu machen, ebenso wenig den landwirtschaftlichen Vereinen. Nun, wir halten uns überzeugt, die Ausländer in der Schweiz werden auch dies zu ertragen wissen!

Der Bourgeoisstaat zeigte sich auch im schönsten Dichte bei der Entsendung der Delegierten zur Berliner Konferenz. Es ist bei ihm selbstverständlich, daß die Industrie durch einen Kapitalisten, der Staat durch einen Bureaucraten vertreten werde und ebenso selbstverständlich ist es ihm, daß die Arbeiter nicht dabei vertreten sind. Das letztere ist besonders für die demokratische Republik recht schön! Es ist tödlich, daß zu einer Konferenz, die sich nach ihrem Programm von Anfang bis zu Ende mit Arbeiterangelegenheiten beschäftigt, kein Arbeiter dabei vertreten ist. Wenn es sich um eine Rep-

regel gegen Maul- und Klauenseuche der Rinder handelt, zieht man einen sachverständigen Viehdoktor bei; handelt es sich aber um die Arbeiterfrage — dann ist ein Arbeiter dabei überflüssig!

Die „Arbeiterstimme“ hat in der Frage der Achtstundendemonstration einen gründlichen Gesinnungswechsel bestanden. Nachdem sie von Anfang an Arm in Arm mit dem „Grillianer“ gegen die Forderung des 1. Mai arbeitete, kommt es ihr nun auf einmal doch recht lässlich vor, daß die Arbeiter in allen Nachbarländern ihren eigenen Feiertag haben, während die Arbeiter in der Schweiz aus formaler Verachtung gegen den eigentlichen „Blauen“ am 1. Mai so gut und brav schauzen werden, wie an jedem anderen Tage. Conzett beschleicht eine tiefe Behmuth angesichts dieser müthigen Stellung der hiesigen Arbeiterklasse und er giebt seinen Gefühlen in folgenden Worten ergreifenden Ausdruck:

„Wenn man die Arbeiterblätter anderer Länder, namentlich Deutschlands, Oesterreichs und Frankreichs durchsieht, dann beschleicht einem unwillkürlich ein wehmüthiges Gefühl darüber, daß in der Schweiz der Gedanke der internationalen Solidarität noch so wenig verbreitet ist und das ungeheure Grös der schweizerischen Arbeiter nicht den Muth findet, die Einsicht hat, den 1. Mai als internationalen Arbeitertag zu proklamieren. In Nordamerika ist für die Achtstundendemonstration am 1. Mai schon seit Monaten gearbeitet worden und es werden zweifellos Hunderttausende demonstrieren, wenn auch viele darunter sind, die des internationalen Zweckes gar nicht gedenken. In manchen Staaten der Union haben die Arbeiter doch wenigstens einen nationalen Arbeitertag durchgesetzt und jeden Sonntag Nachmittag frei. Bei uns ist aber gar nichts dergleichen. Und doch wäre es auch bei uns möglich gewesen, am 1. Mai mit den fortgeschrittenen Arbeitern der zivilisirten Welt international für die Achtstundensache, nein nicht nur für diese, sondern gegen das gesammte kapitalistische Ausbeutungs- und Knechtungssystem zu demonstrieren, wenn eben alle unsere Arbeiterorganisationen von sozialistischem Geiste befeuert wären. Wo die Arbeiter Muth haben oder wo sie einigermaßen organisiert sind, ist der Arbeitertag am 1. Mai auch bei uns möglich, ebenso in den meisten Fällen eine vorherige diesbezügliche Verständigung mit den Arbeitgeber. Wenn die Fachvereine und die sämtlichen Sozialdemokraten ernstlich wollen, so kann trotz allen Hindernissen und Kenglichkeiten der 1. Mai, namentlich in Industriezentren, in zweckentsprechender Weise benutzt und gefeiert werden, damit wir uns vor den Arbeitern anderer Länder nicht schämen müssen.“

Mit dem Eintritt des Frühjahrs regt sich auch in der Schweiz bei den Arbeitern das Streben nach Verbesserung ihrer Lage. In Genä haben bereits die Zimmerleute einen Streik mit Erfolg durchgefochten, dergleichen die Schmiede und Wagner in Luzern (selbständige Arbeitszeit) und die Schneider in Karau (gehobene Lohnbewegung) eingetreten. In Basel sind die Tapezierer in die Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen den zehnjährigen Arbeitstag bei sonst gleichbleibenden Lohnverhältnissen.

## Politische Uebersicht.

Zwar schweigt der „Reichsanz.“ noch immer, aber die Thatsache steht fest: Die Entlassung Bismarck's ist genehmigt und sein Nachfolger in der Person des Generals Caprivi gefunden. In der Berufung dieses Mannes sagt die „Voss. Ztg.“:

„Herr v. Caprivi zählt nicht zu den „politischen Generalen“ à la Bismarck und Manteuffel. Er hat keinerlei Beziehungen zu dem Parteiwesen und Parteitreiben. Seine Ernennung würde den Uebergang zu einer reinen Beamtenregierung bedeuten, welche angezeigt, daß voreerst der Kaiser, wie nach dem Tode von Maximilian Ludwig XIV. von sich erklärte, sein eigener Kanzler sein wolle.“

Diese Vermuthung hat vieles für sich. Ueber die Gründe für den Rücktritt Bismarck's ergehen sich die Blätter noch sorgfältig in Vermuthungen, obwohl die psychologischen Ursachen klar auf der Hand liegen. So weiß die „Fris. Ztg.“ folgendes zu melden:

„Man erzählt unter anderem, daß die Falschnehmung an das Zentrum, die dem Kaiser falsch dargestellt worden sei, in den letzten Tagen die Zustimmung des Kaisers gesteigert habe, andere wollen wissen, daß der Kaiser erfahren habe, Fürst Bismarck habe unter der Hand gegen die internationale Konferenz, namentlich gegen die Vetheiligung Frankreichs zu wirken gesucht.“

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ stellt die Wichtigkeit dieser Angaben in Abrede. Sie macht den vergeblichen Versuch, nachzuweisen, daß der Kanzler eigentlich ein begeisterter Freund des Arbeiterschutzes gewesen sei und hebt hervor: „Die Meinungsverschiedenheiten in den naheliegenden Regionen hätten sich vorwiegend auf staatsrechtlichem Gebiet be-

Als ich in das Gerichtsgebäude zurückkehrte, fand ich den Prozeß bis zum folgenden Tage unterbrochen.

Das Beweisverfahren war noch nicht geschlossen. Der Moskauer Advokat erwiderte scharflich die Fingern und verschleppte die Sache. Von Tschalow erzählte man, daß er sich richtig verhielt und nicht auf eine einzige Zeugnisaussage erwiderte.

Am folgenden Morgen begann ich frühzeitig meine Arbeit, um rascher zu der Gerichtsverhandlung zu gelangen, aber Hausnachrichten und andere unumgängliche Untersuchungsarbeiten nahmen mich den ganzen Tag in Anspruch. Fast um Mitternacht kam ich zum Gerichtsgebäude gefahren.

Das Publikum drängte sich in den Korridoren und ich erfuhr, daß nicht bloß das Beweisverfahren, sondern auch die Disputationen der Parteien und die Schlussrede des Vorsitzenden beendet waren; die Geschworenen berathschlagten schon in ihrem Zimmer.

Ich trat in das Kabinett der Richter. Man machte mir dort Mittheilung über den Verlauf der Verhandlung und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Angeklagten ohne Zuerkennung mildernder Umstände werden verurtheilt werden.

Man erzählte mir, daß Tschalow, als ihm das Schlusswort eingelesen wurde, gesagt habe:

— Meine Herren Geschworenen, ich sehe, daß mich ein Abgrund von Beweisen umgiebt, aber ich kann Sie versichern, daß sie bloß scheinbar sind. Ich bin unschuldig! Ich rufe Gott zum Zeugen meiner Worte an. Weiter habe ich nichts zu sagen.

Der Staatsanwalt wies in seiner Erwiderung auf die Unmöglichkeit der gegen ihn vorliegenden Beweise hin.

Tschalow erhob sich abermals.

— Nie war ein Tschalow ein Mörder, und er wird es nie sein, noch weniger ein Dieb. Ich brauchte nur ein Wort zu sagen . . . und ich würde Sie überzeugen, daß mein Plah nicht auf der Anklagebank ist. Ich werde es jedoch nicht aussprechen und wiederhole mir: Begehen Sie keinen entsetzlichen Irrthum! Verurtheilen Sie nicht einen unschuldigen Menschen.

wagt, und die Grenzen der ministeriellen Verantwortlichkeit nach Lage der Verfassung, sowie die Beziehungen des Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen und die bisher dafür geltenden Unterlagen zum Gegenstand gehabt.“

Was hier verthüllt gesagt wird, spricht die „Köln. Ztg.“ deutlicher aus:

„Als verantwortlicher Leiter der Politik hat Bismarck den für einen Mann seines Charakters durchaus naturgemäßen Standpunkt eingenommen, daß Personen, welchen seine sammtliche Verantwortlichkeit obliegt, bei Monarchen weder ein Copien eine Einzelmaßregel empfehlen und durchsetzen dürfen, für deren Ausführung der oberste Minister die Verantwortung trägt. Er wollte allein thaten und allein rathe.“

Der Hinweis kann nur auf den Geheimrath Ginzpeter und andere Vertrauensmänner des Kaisers gehen.

Die Berufung der kommandirenden Generale nach Berlin wird nicht nur mit der Kanclerkrisis oder mit militärischen Angelegenheiten in Verbindung gebracht. Die Offiziere wissen nämlich zu berichten, es habe sich dabei um die „Entgegennahme von Instruktionen über das Verhalten bei Ausständen“ gehandelt.

**Ueber General v. Caprivi.** den neuen Reichskanzler, entnehmen wir den Blättern folgende biographische Notiz: Georg Leo v. Caprivi de Caprara de Montecuccilli ist am 24. Februar 1831 als Sohn eines Obertribunalsraths in Berlin geboren. Er besuchte das Werdersche Gymnasium, trat am 1. April 1849 als Freiwilliger in das Kaiser Franz-Garde-Regiment ein, wurde 1850 Offizier, besuchte die Allgemeine Kriegsschule und wurde 1861 als Hauptmann in den Generalstab versetzt. Nachdem er kurze Zeit Kompaniechef im 64. Infanterie-Regiment gewesen war, wurde er 1868 Major im Großen Generalstab und nahm am Feldzuge in Böhmen im Stabe der ersten Armee Theil, trat nach dem Friedensschlusse zum Generalstab des Gardekorps und wurde 1870 Oberstlieutenant und Chef des Generalstabs des 10. Armeekorps. 1872 wurde er als Oberst in das Kriegsministerium berufen, 1877 Generalmajor und im folgenden Jahre Brigadefeldkommandeur in Sissini, 1881 Kommandeur einer Garde-Infanterie-Brigade in Berlin und im Dezember 1882 unter Beförderung zum General-Lieutenant Kommandeur der 30. Division in Metz. Als Herr v. Stosch seinen Abschied erhielt, wurde im März 1883 Herr von Caprivi zum Chef der Admiralität ernannt, ein Amt, das er 6 Jahre lang bekleidete. Am 20. Juni 1888 wurde Herr von Caprivi sein Entlassungsgesuch ein. Der Kaiser genehmigte dieses Gesuch unter dem 5. Juli 1888; die Ernennung zum kommandirenden General folgte sehr bald darauf.

Die Eröffnung des neuen Reichstags wird jetzt erst zum 20. April in Aussicht gestellt.

Der Entwurf einer Novelle zum Patentrecht, der in den letzten Tagen dem Bundesrathe vorgelegt ist, wird im Reichsanzeiger veröffentlicht. Das Vorprüfungsverfahren wird unangefasst beibehalten. Der Inhalt der Novelle läßt sich dahin zusammenfassen, daß sie das Prüfungsverfahren verbessern, den Fortbestand der einmal erteilten Patente mit erhöhten Garantien umgeben und das Patentamt reorganisiren will. Im Patentamt werden die beiden Instanzen für die Anmeldung und Beschwerde völlig selbstständig organisiert. Die erste Instanz wird nur mit Mitgliedern besetzt, welche dem Patentamt im Hauptamt angehören. In der zweiten Instanz wird die mündliche Behandlung als ein unter gewissen Voraussetzungen regelmäßiger Theil des Prüfungsverfahrens eingeführt. In Bezug auf den gesicherten Patentschutz bietet die Novelle Schutz gegen den Verfall der Patente in Folge einer Säumnis bei der Gebührenzahlung, indem sie einen Weg eröffnet, um die Säumnis noch vor dem Verfall auf die Gefahr amtlich aufmerksam zu machen. Sie bietet Schutz gegen frivole Nichtigkeitsangriffe, indem sie die Erhebung der Nichtigkeitsklage von einer Gebührenzahlung abhängig macht. Sie sucht die auf ein Patent gegründeten gewerblichen Unternehmungen sicher zu stellen, indem sie die Nichtigkeitsklage nicht mehr für die ganze Dauer, sondern nur für die ersten Jahre eines Patents als zulässig bezeichnet. Sie gewährt endlich dem Patentinhaber eine wirksamere Deckung gegen Eingriffe in die Patentrechte, indem auch solche Eingriffe, die aus großer Fahrlässigkeit hervorgehen, die Pflicht zur Entschädigung begründen sollen. — Ein Ausländer kann den Anspruch auf Ertheilung eines Patents und die Rechte aus dem Patent nicht geltend machen, wenn nach einer in dem Reichsgesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung des Reichskanzlers die Reichsangehörigen hinsichtlich der Ertheilung von Patenten und der Rechte aus denselben in dem Staate, welchem der Ausländer angehört, ungünstiger behandelt werden, als Angehörige dritter Staaten.

**Zur Charakteristik der Ordnungsparteien.** Vom Abgeordneten Liebknecht erhalten wir nachstehende Zuschrift: Gegenüber den amtlichen und nichtamtlichen Verwüchsen, die sich in Leipzig, insbesondere die Leipziger Kartell-Mohren weiß zu waschen, halte ich mich verpflichtet, ein Pröbchen des Anstands zum Besten zu geben, mit welchem

— Es thut Ihnen Niemand einen Zwang an, Herr Tschalow, bemerke der Vorsitzende. Sprechen Sie dieses Wort aus . . . wir bitten Sie darum.

Tschalow schwieg aber hartnäckig. In Erwartung des Erscheinens der Geschworenen begann ich im Korridor auf und ab zu gehen, die Meinungen über den Gang des Prozesses erforschend und vergleichend.

Plötzlich hörte ich, daß mich jemand beim Namen rief. Ich wandte mich um.

Neben mir stand Anna Dmitrijevna Bobrow. Sie war schwarz gekleidet, schreckliche Blässe bedeckte ihr Gesicht, ihre Augen glänzten.

— Sie sind allein hier? frug ich sie.

— Allein. Mein Bruder muß morgen früh abreisen und ist zu Bette gegangen. Es heißt, daß alle Plätze besetzt sind und man mich nicht einlassen wird. Helfen Sie mir, um Gottes willen, in den Gerichtssaal zu gelangen! Durch Vermittelung des Huissiers traten wir in die Loge.

Alle Plätze waren besetzt; der Huissier ließ einen Stuhl bringen, der in den Durchgang zwischen den Bänken gestellt wurde.

Kaum hatte Anna Dmitrijevna sich niedergelassen, so ertönte die Stimme des Huissiers: — Der Gerichtshof kommt!

Alle erhoben sich. Die Thüren wurden hinter uns geschlossen und ich mußte in der Loge bleiben. Der Vorsitzende, zwei Gerichtsbeisitzer, der Staatsanwalt und der Sekretär nahmen ihre Plätze ein. Tschalow stand neben Aron.

Die Geschworenen kamen einer nach dem andern aus dem Rathungszimmer herans und stellten sich vor dem Gerichtshof auf. Dann ließ sich die Stimme des Vorsitzenden vernahmen:

— Herr Obmann, wollen Sie die Fragen des Gerichtshofes und Ihre Antworten verlesen!

Der Obmann, der den Fragebogen in den Händen hielt, begann zu lesen:

(Fortsetzung folgt.)

die sogenannten „gebildeten“ und „ordnungsliebenden“ Arbeiter den politischen Kampf führen.

Von einem Parteigenossen in Andolsbade wurde meiner Frau dieser Tage auf eine Zeitungsnote aufmerksam gemacht, welche durch sämtliche Kartellzeitungen — ich weiß nicht ob bloß die Thüringer gemeint sind — geht.

Die Note lautet: Leipzig. Ein famoser Scherz passierte dieser Tage hier in Leipzig. In einem Pferdeabstall lagen zwei Arbeiter einer Dame gegenüber, deren elegante Toilette ihr lebhaftes Aufmerksamkeits erregt. Nachdem sie dieselbe eine Zeitlang von oben bis unten gemustert haben, macht endlich einer der beiden seinen Ingrimm Luft und wendet sich an die Dame mit den Worten: „Das Kleid kostet doch gewiß 200 Mark!“ „Dreihundert Mark“, versetzte die Besagte stolz, ohne eine Miene zu verziehen, worauf die Arbeiter erwidern: „Das wird schon anders werden, wenn wir an die Reihe kommen. Jetzt müssen wir das Alles verdienen.“ Die Dame mühte sich zu erwidern und schweig. In ihrem Ziele angelangt, verließ sie den Wagen, wobei ihr der Konduktur mit den Worten beihilflich ist: „Adieu Frau Liebknecht, kommen Sie gut nach Hause!“ Die elegante Dame war niemand anders gewesen, als die Frau des sozialistischen Führers Liebknecht, der in Andolsbade eine recht hübsche Villa besitzen soll. — Wer lacht da?

Das ist die Note. Unnützlich zu sagen, daß der ganze „famose Scherz“ bis in die kleinsten Einzelheiten eine lächerliche Lüge ist. Die „Villa“, welche ich in Andolsbade besitzen soll, verrät den sauberen Herrn Verfasser, der zu den Säulen der „Ordnungspartei“ gehört. Und da will man sich wundern, wenn beim Anblick solcher Wesen einem ehrlichen Arbeiter einmal die Galle überläuft? Sielten mich nicht prinzipielle Bedenken ab, so würde ich der Staatsanwaltschaft, die jetzt so eifrig auf der Suche nach „sozialdemokratischen Exzessen“ Gelegenheit bietet, den oder die Urheber dieses von Mitgliedern nicht der „sogenannten“ Arbeiterpartei, sondern der sogenannten „Ordnungspartei“ verübten „famosen Scherzes“ zu ermitteln — natürlich nur damit durch ein allerdings nicht sehr appetitliches Experiment in corpore vili festgestellt werde, mit was für Volk wir uns im „gemüthlichen Sachsen“ herumzuschlagen haben.

Dresden, den 19. März 1890.

W. Liebknecht.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die Beratung des Kulturetat fort. Die Erörterungen betrafen durchweg des öffentlichen Interesses und beschränkten sich in wesentlichen auf die Verwirklichung vereinzelter Wünsche und Beschwerden. Veränderungen am Etat wurden nur bei dem Titel „Universitäts Berlin“ vorgenommen, für welche die vorgeschlagene ordentliche Ersatzbesetzung für pädagogische und Verwaltungsstellen (an Stelle des verstorbenen Prof. Westphal) gestrichen wurde. Galsprechend einem am 17. März eingebrachten Antrag wurde eine Resolution angenommen, welche die Anstellung von Erhebungen über das Einkommen der Seelangehörigen und eventuelle Aufbesserung derselben. — Die Beratung wurde am Donnerstag fortgesetzt.

Unter den Vertretern Frankreichs auf der Arbeiterverschutz-Konferenz ist Zwietracht ausgebrochen, wie es bei der Theilnahme eines Arbeiters und christlichen Sozialisten bei der Deputation kaum anders zu erwarten war. Der „Börs. Ztg.“ geht darüber folgendes Telegramm zu:

Paris, 20. März. Der Arbeitervertreter Delahaye ist von seiner Stelle zurückgetreten, da er sich mit den übrigen vier Vertretern Frankreichs auf der Berliner Konferenz nicht verständigen konnte. Er wollte dem Kongress eine „sozialistische Denkschrift“ vorlegen; diesem Vorhaben widersetzten sich Jules Simon und die übrigen, worauf Delahaye erklärte, er wolle nicht länger mitthun. Zwei Tage lang suchten die Anderen ihn von seinem Entschlusse abzubringen, jedoch anscheinend vergebens. Ein hiesiges Blatt geht übrigens so weit, zu versichern, Delahaye trete zurück, weil er sich nicht habe herbeilassen können, die Einladung zur Hofstafel und zur Abendgesellschaft beim Minister anzunehmen.

Ueber die Behandlung der Neger in Afrika ist zwischen dem bekannten Missionssinspektor Jahr und dem Afrikareisenden Paul Reichard in der „Börs. Kolonialztg.“ ein heftiger Streit entbrannt. Herr Jahr wirft Herrn Reichard vor, einen Negerhauptling nicht auf dessen Kriegszüge unterstützt zu haben, um seine geographischen Ziele zu erreichen. Reichard sei einer jener „Verräther“, deren Unglück und Ungeschick es ist, viel Blut zu vergießen. Es sei zu bedauern, daß Männer, wie Reichard, die in Afrika ihre Entschlossenheit nur mit Blutvergießen durchzuführen können, in der Heimath als Rathgeber auftreten dürfen, wie man sich denken kann. Reichard sei ein Grund für so viele Schwierigkeiten, die den Europäern entgegenstehen. Nach meiner Erfahrung, so schließt Herr Jahr, sind es in Afrika immer die „Ungeschicklichen“, die so viel davon reden, daß Zwang und Gewalt notwendig seien. Die Ergebnisse des Herrn Reichard scheinen zu bezeugen, daß er nur zu oft zur Gewalt schreiten mußte. — Herr Reichard antwortet darauf mit einer ebenso hochmüthigen als ungenügenden Erklärung, in welcher er sein Vorgehen u. a. mit folgenden Worten zu rechtfertigen versucht: „Ich hatte keine Lust, als den Neger zu tödnen, ohne mein Leben so theuer wie möglich zu verkaufen. Zudem ist mir mein Leben, wie überhaupt das eines Weibes, viel heiliger, wie das eines Schwarzen.“

Die Einnahme aus den deutschen Getreidezöllen läßt sich für das Jahr 1889 auf ca. 94 Millionen Mark berechnen, wovon 77 1/2 Millionen auf den Roggen entfallen.

Unwissenheit. Ein Berliner Korrespondent des „Hamb. Korresp.“ kommt auf die Rede des Grundendirektors Ritter im preussischen Abgeordnetenhaus zurück und gibt folgende Stelle:

„Die jungen Leute (die Arbeiter) sind politisch unruhig, sie scheiden sich von Vater und Mutter, sie wollen nicht die Lehne des Eltern mit nach Hause bringen, damit die Mutter sie denkt, ihren Nahrung gibt; das sagt ihnen nicht mehr, sie wünschen sich weg, oder wenn sie zu Hause bleiben, so irren sie sich die Eltern, anstatt ihnen dankbar zu sein.“ — „Vergessen sie die Götter, Christus, Christus, suchen sie ihr Glück mit Habrä von Familie, Gattin, Christenthum, suchen sie ihr Glück mit Konmädchen, sie besuchen den Tanzboden und dann kommen Konsequenzen, die Sie sich denken können.“

Daran knüpft nun der Herr folgende Bemerkung: „Es läßt sich nicht verkennen, daß solche Verhältnisse, die sich wohl in allen Bergwerksbezirken in gleicher oder ähnlicher Weise wiederholen, zu ersten Maßnahmen auffordern, besonders wenn man mit Dr. Ritter darüber einig ist, daß gerade diese jugendlichen Arbeiter den Nährboden abgeben, auf dem die Sozialdemokratie lustig emporspäht.“

Man muß wirklich staunen über die Dreistigkeit, mit welcher die Federführer „großer“ Blätter über Verhältnisse und Dinge reden, von welcher sie auch nicht die Bohne verstehen, und noch mehr über die Ignoranz, mit welcher solche Schreibereien in der mehr über die Ignoranz, mit welcher solche Schreibereien in der Blätter aufgenommen werden. Die Verhältnisse in den Kreisen der Arbeiter sind den Herren böhmische Dörfer, das zeigt sich bei jedem Wort, das sie schreiben oder sprechen. Und doch urtheilen sie mit einer Sicherheit über dieselben, als wären sie händliche Wäste in Arbeiterkreisen. Was aber das Schlimmste ist, daß sie auf Grund vorgelegter Meinungen, schiefer Ansichten und verzerrter Mittheilungen sich berufen fühlen, den Arbeitern Rath

zu ertheilen, sich zum Richter über deren Handlungen aufzuwerfen und von der Gesetzgebung Maßregeln gegen dieselben verlangen.

Ausweisung. Leipzig, 19. März. Die Kreisgerichtshauptmannschaft hat als Landespolizeibehörde die Ausweisung des kürzlich hier wegen Verbreitung anarchistischer Schriften verurtheilten Schriftstellers August Bruno Weissdorf (Bruders des hingerichteten Anarchisten August Weissdorf) aus dem Bezirke der Stadt und der Amtshauptmannschaft Leipzig verfügt.

Psst! Das in Breslau erscheinende deutschkonservative Organ, das „Schlesische Morgenblatt“, bringt an der Spitze seines lokalen Theils folgende Zeilen:

„Die letzte Nummer des hiesigen sozialdemokratischen Blattes strotzt von Majestätsbeleidigungen gemeinster Art. Man wird uns den Vorwurf der Denunziation machen, gleichwohl sprechen wir es laut aus: Es ist eine Schande und ein Skandal, daß derartige hier gedruckt und verbreitet werden darf, ohne daß Polizei und Staatsanwaltschaft einschreiten.“

Diese Denunziation ist selbst der deutschfreisinnigen „Bresl. Morgenztg.“ zu stark, die sonst keine Gelegenheit verläßt, gegen die Sozialdemokratie zu schmähen und zu verdächtigen; sie giebt ihrer Entrüstung über die Denunziantin Ausdruck.

In Greiz ist neulich eine Robeit verübt worden, wie das auch anderwärts vorkommt. Ein Fabrikarbeiter schlug eine neben ihm arbeitende Frau angeblich ohne Ursache über den Kopf. Da diese Robeiten ein Ausfluß des Hasses sind, der die liberale Aera erfüllt, glaubt ein Produkt dieser Aera, nämlich die „Gr. Ztg.“, die Sozialdemokratie huldige auch der Robeit und behauptet, jener Arbeiter habe damit seiner Gegnerschaft zur Frauenarbeit Ausdruck geben wollen. Die Sozialdemokratie ist bekanntlich besser berathen, wie ihr da zugeordnet wird und führt keinen Bindmählenkampf gegen die Frauenarbeit, es ist diese Behauptung also wieder nur Schwindel.

Meinungen. 20. März. Bei der Reichstagswahl für den 1. hiesigen Wahlkreis an Stelle Baumbach's, welcher doppelt gewählt war und sein hiesiges Mandat nicht angenommen hatte, wurde Thomas (Drs.) mit 9880 Stimmen gewählt, der Gegenkandidat Jeltz erhielt 6821 Stimmen.

### Oesterreich-Ungarn.

Zu Grünwald ist der Baumwollspinnerei von Mauthner und Oesterreicher ein großer Arbeiterausstand ausgebrochen. 1000 Arbeiter sind ausständig und fordern zehntägige Arbeitszeit, 20 pCt. Lohnerhöhung und Entfernung des Fabrikleiters. Gestern fanden Ausschreitungen statt, wobei Letzterer geprügelt wurde. Vier der Aufständler wurden verhaftet.

Nach Berichten des Vemberger Hilfsausschusses für den Nothstand der galizischen Landbevölkerung sind zahlreiche Gemeinden verschiedener Bezirke dem Hunger vollständig preisgegeben. Die größte Noth herrscht anfalliger Weise in jenen Gegenden, wo sich Fideikommissbesitzungen polnischer Magnaten befinden. Im Bezirke Buczac sind mehr als 10 000 Menschen nothleidend; in einigen Gemeinden ist seit längerer Zeit kein Brot vorhanden. Das einzige Nahrungsmittel bilden Kartoffeln.

### Großbritannien.

London, 19. März. Infolge des Bergarbeitersstreikes befinden sich gegenwärtig 400 Waggons Kohlen in London. Heute sind nur zwei Kohlenzüge aus dem Norden hier eingetroffen. Man nimmt an, daß der Kohlenvorrath nur bis zum Sonnabend reichen werde. — Dann wäre der Sieg der Arbeiter entschieden.

### Rußland.

In dem in diesen Tagen vom Jaren beschäftigten Gesetzprojekt über die Arbeit der minderjährigen Knaben und Mädchen in den Fabriken und Etablissements ist, wie die „St. Petersb. Wd.“ hören, die Bestimmung getroffen worden, daß Kinder, welche das Alter von 12 Jahren noch nicht erreicht haben, zur Arbeit nicht zugelassen werden dürfen. Minderjährige, im Alter von 12—15 Jahren inkl. dürfen nicht über 8 Stunden täglich arbeiten mit Ausschluß der Mittags-, Frühstücks- und Erholungszeit. Minderjährige, welche das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, können in der Zeit zwischen 10 Uhr Abends und 5 Uhr Morgens, sowie an den Sonntagen und hohen Festtagen, zu welchen außer den 12 Tagen der großen Feste nachfolgende Tage gerechnet werden: der 26. Februar, 2. März, 6. Mai, 15. Mai, 22. Juni, 30. August, 14. November und 8. Dezember — zur Arbeit nicht zugelassen werden. Zu allen Arbeiten und Betrieben, welche ihrer Beschaffenheit nach einen schädlichen Einfluß auf die Gesundheit ausüben, dürfen Minderjährige nicht angehalten werden.

## Versammlungen.

Wählerversammlung im ersten Wahlkreise. Am 18. März fand eine Wählerversammlung des ersten Reichstagswahlkreises bei Herrn Wegner, Landbegerstraße 97, unter Vorsitz der Herren Wiemer, Landbrocht und Engler statt. Als Referent war der Reichstagsabgeordnete Herr Stadthagen erschienen. Derselbe sprach zwei Stunden, oftmals von stürmischem Beifall der Versammlung unterbrochen. Derselbe begann: „Meine Herren, mit dem Resultat der ersten Wahl können wir wohl zufrieden sein, denn der Wunsch des Fürsten Bismarck ist in Erfüllung gegangen, die Sozialdemokratie hat drei Duzend Sitze erobert und wenn auch einer fehlt, so muß es jetzt unsere Aufgabe sein, diesen neuen Sitz auch noch zu erobern. Es muß unsere heiligste Pflicht sein, im ersten Wahlkreise eine Agitation zu entfalten, wie noch nie zuvor, denn es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß wir diesmal in die Stichwahl kommen. Meine Herren, den Kartellpartien ist es durchaus nicht angenehm, daß wir wieder unseren alten Kandidaten Gottfried Schulz aufstellen, denn die Kartellblätter hoffen diesmal durchzukommen. Wir wollen jedoch zeigen, daß wir am Platze sind, denn wir dürfen nicht konservativ wählen, weil diese alles bewilligt haben, was wir nicht wollen. Die Kartellpartien haben für die Arbeiter Gesetze geschaffen, welche den Arbeitern die notwendigen Lebensmittel verheuern, denn eine Familie von 7 Personen hat jährlich mindestens 50—60 M. Vorkauf zu zahlen. Was den Freistand betrifft, so müßte derselbe wohl bei Beratung der Getreidezölle, um dieses oder jenes nicht zu bewilligen, kommt aber die Vorlage zur ganzen Abstimmung, so bewilligt er alles, denn er muß sich doch auch ein bisschen regierungsfähig zeigen. Es muß Pflicht eines jeden Arbeiters sein, seinen Freistand zu wählen, denn dieselben haben auch die Brennweinsteuer durchbringen helfen. Der Schnaps hat sich um 20—30 Pfennige pro Liter vertheuert. Der Referent kam nun auf das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz zu sprechen. Er verglich es mit einer Flasche Rothwein, denn das Etiquett sei das Beste, während der Inhalt der Flasche wässrig sei. Die Regierung sehe für einen Gefangenen 80 Pf. Kostgeld fest, während einem freien, alten Arbeiter 88 1/2 Pf. zum Lebensunterhalt geboten würden. Wäre keine Sozialdemokratie, so gebe es auch keine Nachgiebigkeit der Arbeitgeber. Unsere Prinzipien müssen zum Siege gelangen. Referent forderte zuletzt alle Anwesenden auf, für die Wahl des Genossen Schulz im 1. Wahlkreise einzutreten, denn sei auch der 1. Wahlkreis unser. Eine Resolution, die sich dafür aussprach, am Tage der Wahl nur für Schulz zu stimmen, wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion sprachen nun folgende Herren im Sinne des Referenten: Reichert, Engler, Schlüter, Schmolting, Landbrocht und Herrmann. Es wurde noch aufgefordert, keine Produkte von den Blumberger Bauern zu kaufen.

Die Monatsversammlung des Verbandes der Verleger, Filiale Berlin, fand am 17. d. M., in Schepers Salon, Ansestr. 10, statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Wahl der Revisoren und einer Arbeitsnachweis-Kommission gingen folgende Herren aus der Wahl hervor. 1. Zu Verbandsrevisoren: Behrend, Otto, Peimert. 2. Filialrevisoren: Schuller, Albrecht, Wacht. 3. Arbeitsnachweis-Kommission: Gantke, Wesser. Zum zweiten Punkt ließen sich ungefähr 40 Kollegen einzeichnen und hat unsere Filiale bereits nahe an 1500 Mitglieder, für ein Verbleiben von 2 Monaten gewiß ein erfreuliches Zeichen. Zum dritten Punkt Verschiedenes gelangten verschiedene Angelegenheiten zur Erledigung, so betreffs der Jüngerkommission, der Düsseldorf-Kollegen, und wurden die Statuten nebst Mitglieder-Verzeichniß der Vereinigung Berliner Goldleisten-Fabrikanten verlesen, ebenso die Aufforderung dieser Vereinigung an die rheinischen Goldleisten-Fabrikanten behufs Stellungnahme zu einem Verbands-lage. Diese letzteren Punkte werden voraussichtlich noch eine öffentliche Versammlung beschäftigen. Nachdem noch bekannt gemacht wurde, daß Sonntag früh eine Besichtigung des böhmischen Brauhauses stattfindet (Sammelpunkt Restaurationslokal daselbst 10 Uhr), zu welcher die Kollegen sich hoffentlich zahlreich einfinden werden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine Mitgliederversammlung der Risten- und Koffermacher tagte am Montag den 10. März in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75. Tagesordnung: 1. Welche Bedeutung hat der Arbeitsnachweis in den Händen der Fabrikanten, Referent Kollege Tschernig. 2. Diskussion. Der Referent legte der Versammlung klar und deutlich vor, wohin es führen würde, wenn die Fabrikanten den Arbeitsnachweis der Ristenmacher in die Hände bekommen. Er gab ein Bild über die ganze Lohnbewegung, woraus er zu der Frage kam, ob aus diesen Umständen sich die Fabrikanten vielleicht hätten in die Lage versetzt gefühlt, aus Nothwehr so vorzugehen, um sich vor Schaden zu schützen. Es war das Gegenheil der Fall. Referent sagte, er gebe den Fabrikanten den guten Rath, anstatt gegen die Arbeiter vorzugehen, sie durch die Entziehung des Arbeitsnachweises in eine Abhängigkeit zu bringen, mit ihnen den gemeinsamen Feind, das Großkapital zu bekämpfen, und die Anpassung, wie sie die Zeit-fürderung bedingt, auf gutlichem Wege und ohne Schädigung zu versuchen. In der Diskussion erklärten sich sämmtliche Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „In Erwägung, daß der Verein der Ristenfabrikanten Berlins und Umgegend das Bestreben, den Arbeitsnachweis, der schon 7 Jahre in den Händen der Arbeiter ist, in ihre Hände zu bekommen, nicht ausgehen haben, die Arbeiter aber in der Ueberführung des Arbeitsnachweises in die Hände eines Fabrikanten einen Eingriff in ihre Freiheit erblicken und dadurch in eine gewisse Abhängigkeit gerathen, in welcher es ihnen unmöglich wird, den so schwerlastenden Druck des wirtschaftlich Starren auf den wirtschaftlich Schwächeren abzuhalten, wendet sich die heute, den 10. März, in dem Lokale des Herrn Feuerstein tagende Ristenmacher-Versammlung ganz entschieden gegen das Vorgehen der Fabrikanten, und beschließt hiermit, jedem Kollegen, der in die Lage kommen sollte, den Arbeitsnachweis der Fabrikanten in Anspruch nehmen zu müssen, davon abzuhalten und als Streikenden zu unterstützen.“

Der Fachverein der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am Montag, den 17. d. M., in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75, eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn Stadts. Freis. Jubel über: „Gewerbe-Schiedsgerichte“. Diskussion. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Entziehung der Beiträge. 3. Antrag betreffs Abschaffung der Ueberstundenarbeit. 4. Abrechnung vom Stiftungsfest. 5. Verschiedenes und Frage-lasten. Zum ersten Punkt erhielt Freis. Jubel das Wort. Derselbe führte in klaren Worten den Nutzen eines Gewerbe-Schiedsgerichts und vor Augen, in seinen weiteren Ausführungen kam er auf den Entwurf der Stadt Berlin, in demselben stellten sich aber so viele Mängel heraus, daß die Arbeiter Berlins sich gezwungen sahen, gegen einen solchen Entwurf Protest zu erheben. Als der Referent seinen Vortrag unter großem Beifall beendigt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Feuerstein's Salon tagende Versammlung der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend protestirt nach einem gehörten Referat des Stadts. Freis. Jubel gegen den vorgelagten Entwurf eines Oristatut für das Gewerbe-Schiedsgericht der Stadt Berlin, da derselbe in keiner Weise den Forderungen der Arbeiter entspricht“ und wurde der Vorstand beauftragt, einen Protest auszuarbeiten und denselben der Gewerbe-Deputation des hiesigen Magistrats zu unterbreiten. Im Weiteren sprachen sämmtliche Redner im Sinne des Referenten. Zur Aufnahme meldeten sich 24 Kollegen. Die Abrechnung vom Stiftungsfest konnte nicht stattfinden, da verschiedene Kollegen noch mit Willets im Rückstande sind und fand hierzu ein Antrag einstimmige Annahme dahin gehend, daß dieselben innerhalb 8 Tagen abzurechnen haben oder die Sache dem Rechtschuh übergeben wird. Der 4. Punkt der Tagesordnung konnte wegen vorgerückter Zeit nicht erledigt werden und wurde derselbe der nächsten Tagesordnung überwiesen. Unter Verschiedenes wurde den Streikenden Kollegen der Fabrik von Siemens u. Co. 50 M. und den streikenden Arbeitern der Köpffischen Knopffabrik 25 M. überwiesen; ferner wurden Offien für die streikenden Arbeiter der Schäftebranche und für die streikenden Schlosser und Maschinenbauer der Wolffischen Maschinenfabrik in Budau bei Magdeburg ausge-theilt. Es wurde dann ermahnt, recht fleißig für die Streikenden zu sammeln, damit ihnen der Sieg bleibt und sie nicht dem Kapitalisten unterliegen. Im Weiteren fand ein Antrag einstimmige Annahme, in nächster Versammlung Stellung zu den Arbeiterratswahlen zu nehmen. Hierauf wurde folgende Resolution verlesen: „Die heutige Versammlung beschließt, die Produktion der Blumberger Bauern so lange nicht zu kaufen, als bis die Sache von der Reichstagswahl vor Gericht erledigt ist.“ — Nach Erledigung des Fragelastens wurde die Versammlung um 12 1/2 Uhr geschlossen. — Die nächste Versammlung für den Norden findet am Montag, den 24. März, im Wedding-Park, Mäckerstr. 178, statt. Der Arbeitsnachweis für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter befindet sich im Süden Dresdenerstr. 118 bei Grindel und im Norden Anklamerstr. 49 bei Nürnberg. Geöffnet Abends von 8—10 und Sonntags von 10—12 Uhr Vormittags.

Eine öffentliche Webersversammlung tagte am 17. d. M. im böhmischen Brauhaus, welche von ca. 600 Personen besucht war. Ins Bureau wurden Herr Lehmann als erster und Schuster als zweiter Vorsitzender, Herr Weymann als Schriftführer gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Herr Otto Heindorf das Referat übernommen. Er führte etwa folgendes aus: die Arbeiter Berlins müssen sich immer mehr organisieren und zwar nicht zentralisieren, sondern lokalisieren, weil der Arbeiter immer mehr politisch werden muß. Man hat heute zwar schon Arbeiterschutzesetze geschaffen und zwar die Krankenversicherung, Unfall-Verthaltung und das gute Alters- und Invalidenversicherungsgesetz, wo ein Arbeiter, wenn er 70 Jahre alt ist, eine Rente von 30 1/2 Pfennige bekommt. (Heiterkeit.) Man solle erst Gesetze schaffen, daß der Arbeiter 70 Jahre alt wird und ein Recht auf Arbeit hat. Es hat früher auch Arme und Reiche gegeben, aber nicht so in dem Sinne wie heute, wo ein Arbeiter, wenn er des Morgens aufsteht, nicht weiß, wo er ein Stück Brot hernehmen soll. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und sprachen sich in dem Sinne des Referenten aus.

Zur Besichtigung des Kongresses vom 8.—8. April in Apolda wurden die Herren Otto Heindorf und Lehmann als Delegirte einstimmig gewählt. — Zunächst wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige im böhmischen Brauhaus tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie verpflichtet sich, für Verthaltung der Arbeitszeit einzutreten und den 1. Mai als Feter-tag zu betrachten. — Dann wurde ferner über die Blumberger und Karl Martienzen die Sperte verhängt.“

Der Berliner Wirkergefellens-Verband hielt am Montag, den 17. März, im Feind's Salon, Weinstr. 11, eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des

folgende Herren aus der Wahl hervor. 1. Zu Verbandsrevisoren: Behrend, Otto, Peimert. 2. Filialrevisoren: Schuller, Albrecht, Wacht. 3. Arbeitsnachweis-Kommission: Gantke, Wesser. Zum zweiten Punkt ließen sich ungefähr 40 Kollegen einzeichnen und hat unsere Filiale bereits nahe an 1500 Mitglieder, für ein Verbleiben von 2 Monaten gewiß ein erfreuliches Zeichen. Zum dritten Punkt Verschiedenes gelangten verschiedene Angelegenheiten zur Erledigung, so betreffs der Jüngerkommission, der Düsseldorf-Kollegen, und wurden die Statuten nebst Mitglieder-Verzeichniß der Vereinigung Berliner Goldleisten-Fabrikanten verlesen, ebenso die Aufforderung dieser Vereinigung an die rheinischen Goldleisten-Fabrikanten behufs Stellungnahme zu einem Verbands-lage. Diese letzteren Punkte werden voraussichtlich noch eine öffentliche Versammlung beschäftigen. Nachdem noch bekannt gemacht wurde, daß Sonntag früh eine Besichtigung des böhmischen Brauhauses stattfindet (Sammelpunkt Restaurationslokal daselbst 10 Uhr), zu welcher die Kollegen sich hoffentlich zahlreich einfinden werden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine Mitgliederversammlung der Risten- und Koffermacher tagte am Montag den 10. März in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75. Tagesordnung: 1. Welche Bedeutung hat der Arbeitsnachweis in den Händen der Fabrikanten, Referent Kollege Tschernig. 2. Diskussion. Der Referent legte der Versammlung klar und deutlich vor, wohin es führen würde, wenn die Fabrikanten den Arbeitsnachweis der Ristenmacher in die Hände bekommen. Er gab ein Bild über die ganze Lohnbewegung, woraus er zu der Frage kam, ob aus diesen Umständen sich die Fabrikanten vielleicht hätten in die Lage versetzt gefühlt, aus Nothwehr so vorzugehen, um sich vor Schaden zu schützen. Es war das Gegenheil der Fall. Referent sagte, er gebe den Fabrikanten den guten Rath, anstatt gegen die Arbeiter vorzugehen, sie durch die Entziehung des Arbeitsnachweises in eine Abhängigkeit zu bringen, mit ihnen den gemeinsamen Feind, das Großkapital zu bekämpfen, und die Anpassung, wie sie die Zeit-fürderung bedingt, auf gutlichem Wege und ohne Schädigung zu versuchen. In der Diskussion erklärten sich sämmtliche Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „In Erwägung, daß der Verein der Ristenfabrikanten Berlins und Umgegend das Bestreben, den Arbeitsnachweis, der schon 7 Jahre in den Händen der Arbeiter ist, in ihre Hände zu bekommen, nicht ausgehen haben, die Arbeiter aber in der Ueberführung des Arbeitsnachweises in die Hände eines Fabrikanten einen Eingriff in ihre Freiheit erblicken und dadurch in eine gewisse Abhängigkeit gerathen, in welcher es ihnen unmöglich wird, den so schwerlastenden Druck des wirtschaftlich Starren auf den wirtschaftlich Schwächeren abzuhalten, wendet sich die heute, den 10. März, in dem Lokale des Herrn Feuerstein tagende Ristenmacher-Versammlung ganz entschieden gegen das Vorgehen der Fabrikanten, und beschließt hiermit, jedem Kollegen, der in die Lage kommen sollte, den Arbeitsnachweis der Fabrikanten in Anspruch nehmen zu müssen, davon abzuhalten und als Streikenden zu unterstützen.“

Der Fachverein der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am Montag, den 17. d. M., in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75, eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn Stadts. Freis. Jubel über: „Gewerbe-Schiedsgerichte“. Diskussion. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Entziehung der Beiträge. 3. Antrag betreffs Abschaffung der Ueberstundenarbeit. 4. Abrechnung vom Stiftungsfest. 5. Verschiedenes und Frage-lasten. Zum ersten Punkt erhielt Freis. Jubel das Wort. Derselbe führte in klaren Worten den Nutzen eines Gewerbe-Schiedsgerichts und vor Augen, in seinen weiteren Ausführungen kam er auf den Entwurf der Stadt Berlin, in demselben stellten sich aber so viele Mängel heraus, daß die Arbeiter Berlins sich gezwungen sahen, gegen einen solchen Entwurf Protest zu erheben. Als der Referent seinen Vortrag unter großem Beifall beendigt hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Feuerstein's Salon tagende Versammlung der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend protestirt nach einem gehörten Referat des Stadts. Freis. Jubel gegen den vorgelagten Entwurf eines Oristatut für das Gewerbe-Schiedsgericht der Stadt Berlin, da derselbe in keiner Weise den Forderungen der Arbeiter entspricht“ und wurde der Vorstand beauftragt, einen Protest auszuarbeiten und denselben der Gewerbe-Deputation des hiesigen Magistrats zu unterbreiten. Im Weiteren sprachen sämmtliche Redner im Sinne des Referenten. Zur Aufnahme meldeten sich 24 Kollegen. Die Abrechnung vom Stiftungsfest konnte nicht stattfinden, da verschiedene Kollegen noch mit Willets im Rückstande sind und fand hierzu ein Antrag einstimmige Annahme dahin gehend, daß dieselben innerhalb 8 Tagen abzurechnen haben oder die Sache dem Rechtschuh übergeben wird. Der 4. Punkt der Tagesordnung konnte wegen vorgerückter Zeit nicht erledigt werden und wurde derselbe der nächsten Tagesordnung überwiesen. Unter Verschiedenes wurde den Streikenden Kollegen der Fabrik von Siemens u. Co. 50 M. und den streikenden Arbeitern der Köpffischen Knopffabrik 25 M. überwiesen; ferner wurden Offien für die streikenden Arbeiter der Schäftebranche und für die streikenden Schlosser und Maschinenbauer der Wolffischen Maschinenfabrik in Budau bei Magdeburg ausge-theilt. Es wurde dann ermahnt, recht fleißig für die Streikenden zu sammeln, damit ihnen der Sieg bleibt und sie nicht dem Kapitalisten unterliegen. Im Weiteren fand ein Antrag einstimmige Annahme, in nächster Versammlung Stellung zu den Arbeiterratswahlen zu nehmen. Hierauf wurde folgende Resolution verlesen: „Die heutige Versammlung beschließt, die Produktion der Blumberger Bauern so lange nicht zu kaufen, als bis die Sache von der Reichstagswahl vor Gericht erledigt ist.“ — Nach Erledigung des Fragelastens wurde die Versammlung um 12 1/2 Uhr geschlossen. — Die nächste Versammlung für den Norden findet am Montag, den 24. März, im Wedding-Park, Mäckerstr. 178, statt. Der Arbeitsnachweis für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter befindet sich im Süden Dresdenerstr. 118 bei Grindel und im Norden Anklamerstr. 49 bei Nürnberg. Geöffnet Abends von 8—10 und Sonntags von 10—12 Uhr Vormittags.

Eine öffentliche Webersversammlung tagte am 17. d. M. im böhmischen Brauhaus, welche von ca. 600 Personen besucht war. Ins Bureau wurden Herr Lehmann als erster und Schuster als zweiter Vorsitzender, Herr Weymann als Schriftführer gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Herr Otto Heindorf das Referat übernommen. Er führte etwa folgendes aus: die Arbeiter Berlins müssen sich immer mehr organisieren und zwar nicht zentralisieren, sondern lokalisieren, weil der Arbeiter immer mehr politisch werden muß. Man hat heute zwar schon Arbeiterschutzesetze geschaffen und zwar die Krankenversicherung, Unfall-Verthaltung und das gute Alters- und Invalidenversicherungsgesetz, wo ein Arbeiter, wenn er 70 Jahre alt ist, eine Rente von 30 1/2 Pfennige bekommt. (Heiterkeit.) Man solle erst Gesetze schaffen, daß der Arbeiter 70 Jahre alt wird und ein Recht auf Arbeit hat. Es hat früher auch Arme und Reiche gegeben, aber nicht so in dem Sinne wie heute, wo ein Arbeiter, wenn er des Morgens aufsteht, nicht weiß, wo er ein Stück Brot hernehmen soll. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und sprachen sich in dem Sinne des Referenten aus.

Zur Besichtigung des Kongresses vom 8.—8. April in Apolda wurden die Herren Otto Heindorf und Lehmann als Delegirte einstimmig gewählt. — Zunächst wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige im böhmischen Brauhaus tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie verpflichtet sich, für Verthaltung der Arbeitszeit einzutreten und den 1. Mai als Feter-tag zu betrachten. — Dann wurde ferner über die Blumberger und Karl Martienzen die Sperte verhängt.“

Der Berliner Wirkergefellens-Verband hielt am Montag, den 17. März, im Feind's Salon, Weinstr. 11, eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des

Stadtverordneten Herrn Gustav Tempel über „Gewerkschaftliches.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Vortragende löste seine Aufgabe zur Zufriedenheit der Versammlung, er wies darauf hin, daß die Bewegung, welche durch die Organisation der Arbeiter in Fachvereinen ihren Ausdruck erhält, in den letzten Jahren eine stärkere geworden ist und daß die Ursache hierzu in der immer mehr und mehr sich verschlechternden Lage des Arbeiters, insbesondere durch die Verheerung der Lebensmittel, zu suchen ist. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß der Einzelne an seiner Lage nichts verbessern kann, daß es nur durch eine sehr feste Organisation möglich ist, eine Verbesserung zu erwirken. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten, es wurde allseitig eine feste Organisation warm empfohlen. Zum letzten Punkt der Tagesordnung wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: „Die heute in Feindt's Salon tagende Versammlung beschließt, nur solche Hüte zu kaufen, die mit der Arbeiter-Kontrollmarke versehen sind.“ Ferner: „Die heute in Feindt's Salon tagende Versammlung beschließt, in eine energische Agitation gegen die Gefängnisarbeit einzutreten und alle gesetzlichen Mittel zu ergreifen, um diese der gesamtindustriellen Konkurrenz zu belämpfen.“ Ein Vergütungsantrag wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Arbeiter der neuen Berliner Messingwerke fand am Mittwoch Abend in Reiz' Salon, Naumnstr. 17, statt. In derselben sollte die Entlassung zweier langjähriger Arbeiter, sowie die gesamtlichen Verhältnisse in den beiden Etablissements der Berliner Messingwerke einer Besprechung unterzogen werden. Die Versammlung war von ungefähr 500 Personen besucht. Das einleitende Referat hielt, nachdem ein Bureau mit den Herren Schmidt und Groffe als Vorsitzenden gebildet worden war, Herr Franz Berndt. Derselbe erörterte klar und sachlich die Missstände der Fabrik. Der Referent zeigte insbesondere, wie schlechte Zustände nur infolge mangelnder Organisation der Arbeiter entstehen könnten und legte den Anwesenden dringend und beredt den Anschluß an den Verein gewerblicher Hilfsarbeiter ans Herz, so weit sie diesem Verein noch nicht angehörten. Seinen Ausführungen wurde lebhafter Beifall spendet. In längerer Debatte wurden die Klagen von einer Reihe von Bedienten als berechtigt nachgewiesen. Insbesondere wurde über den Inspektor Schmiebusch's lebhaftest Klage geführt. Herr Zeife brachte sodann folgende Resolution ein: „Die heute, in Reiz' Salon tagende Versammlung der Arbeiter der Neuen Berliner Messingwerke spricht über die Behandlung, welche ihnen in der genannten Fabrik zu Theil wird, ihre Mißbilligung aus. Insbesondere beschließen die Versammelten, für Abschaffung des Generalakkords und Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten und verpflichten sich,

den 1. Mai als Arbeiterfeiertag hochzuhalten.“ Die Resolution wurde, nachdem sie durch die Herren Berndt, Groffe, Günther u. A. befürwortet war, einstimmig angenommen. An der Abstimmung beteiligten sich selbstverständlich nur die Arbeiter der Neuen Berliner Messingwerke. Um die dargelegten Mißstände den Chefs vorzutragen und Maßnahmen behufs Abhilfe vorzuschlagen, wurde weiterhin eine Kommission aus den Herren: Romland, Becker, Eich, Langhoff, Hindermann, Böhnert und Bredow gewählt. Es wurde speziell darauf aufmerksam gemacht, daß diese, für ihre Kollegen eintretenden Männer vielleicht schon morgen gemahregelt werden könnten und daß es dann Pflicht der Arbeiter sei, für sie einzutreten. Es nahm dann der Referent, Herr Berndt das Schlusswort. Er legte in demselben den erweiterten Eigenbegriff des Unternehmertums dar, trat für Verkürzung der Arbeitszeit und die Demonstration am 1. Mai ein und streifte auch die neueste Sozialpolitik. Nachdem er unter lebhaftem Beifall geredet hatte, forderte unter Verschiedenen Herr Günther auf, nicht den „Volksanzeiger“ und die „Volkszeitung“ zu lesen, sondern auf das „Berliner Volksblatt“ und die „Berl. Volks-Tribüne“ zu abonnieren. Zuletzt erledigte die Versammlung den Fragesachen. Die Frage: „Geht Bismarck?“ wurde von Dr. Pütgen auf Grund der bis zum Abend vorliegenden Meldungen sachgemäß beantwortet. Der Ueberschuß der Zellerfassung wurde den beiden Gemeindefreien überwiesen. Der Vorsitzende theilte endlich mit, daß am nächsten Dienstag in demselben Lokale eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Verkürzung der Arbeitszeit“ stattfinden werde, bei welcher das Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt sein müsse. Eine Bemänglung des in Aussicht genommenen Referenten wurde vom Vorsitzenden als überflüssige Nögelei bezeichnet. Um 1/2 Uhr schloß Herr Schmidt die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Arbeiterbewegung. Dem Verein gewerblicher Hilfsarbeiter traten an diesem Abende über 125 neue Mitglieder bei.

Die Kupferschmiede Berlins waren am Sonntag, den 9. d. M. bei Feuerstein unter Vorsitz des Kollegen Mabel zahlreich versammelt, um die Beratung des neuen Lohnsatzes vorzunehmen. Derselbe gelangte mit einigen Veränderungen wie folgt zur Annahme: A. 1. Einführung einer täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden, mit Pausen nach Uebereinkunft. Jedoch ist an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten die Arbeit zwei Stunden früher zu beenden und der Tag voll zu bezahlen. — 2. Minimallohn bis 1 Jahr nach Beendigung der Lehrzeit 50 Pfennig, darüber hinaus 60 Pf. (noch wird hierzu der Lohnkommission Vollmacht erteilt, mit der Meisterkommission zu verhandeln). 3. Ueberstunden sind bis 9 Uhr Abends mit 25 pCt. Zuschlag zu vergüten. 4. Sonntagsarbeit ist stundenweise zu berechnen und bis 4 Uhr Nachmittags mit 50 pCt., nach 4 Uhr

mit 100 pCt. Zuschlag zu vergüten. B. Nachtarbeit beginnt um 9 Uhr Abends, ist stundenweise zu berechnen und mit 100 pCt. Zuschlag zu vergüten. C. Montagen. a) 1. Arbeiten außer dem Hause (Stadtmontagen) sind mit 25 pCt. Zuschlag zu berechnen. Dazu gehören auch solche, von welchen der betreffende Monteur desselben Tags sein Domizil erreichen kann und ist Jahrgeld und Jahrszeit zu vergüten. 2. Ueberstunden sind bis 9 Uhr Abends mit 50 pCt. Zuschlag zum Werkstattlohn zu berechnen. 3. Sonntagsarbeit ist wie unter A ad 4 nach Montagelohn zu berechnen. 4. Nachtarbeit ist wie unter B nach Montagelohn zu berechnen. Rauffstunden werden nach Werkstattlohn berechnet. b) 1. Auswärtige Montagen sind bei Gewährung freier Station mit 25 pCt. Zuschlag, im anderen Fall mit 75 pCt. Zuschlag zu berechnen. 2. Ueberstunden sind mit 100 pCt. Zuschlag nach Werkstattlohn zu berechnen. 3. Sonntagsarbeit wie unter A ad 4 mit 50 pCt. Zuschlag nach Montagelohn zu berechnen. 4. Nachtarbeiten sind mit 100 pCt. Zuschlag nach Montagelohn zu berechnen. D. Akkordarbeit ist mit dem Inkrafttreten dieses Lohnsatzes in allen Werkstätten abzuschaffen.

Das Inkrafttreten des Lohnsatzes wird bis zum 1. Mai vertagt und beschlossen, an diesem Tage eine Versammlung abzuhalten. Die Anfrage eines Kollegen, ob man nicht, wie im vorigen Jahre, in dem Tarif Nachtragsbestimmungen aufnehmen wolle, bezüglich des Unterschieds zwischen Meistern und Nichtmeistern, wird dahin beantwortet, daß gerade die Meister uns bei der vorjährigen Lohnbewegung den größten Widerstand entgegengekehrt haben und ein Entgegenkommen unsererseits nicht angebracht ist. Nach einigen persönlichen Auseinandersetzungen wird die Versammlung nach fünfständiger Dauer geschlossen.

Der Verein der Galvaniseure Berlins hielt am Montag, den 17. März, in Schneider's Salon, Naalbertstraße 8, eine von circa 200 Personen besuchte Versammlung ab. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Alwin Gerisch über „Soldatenhandel im Mittelalter.“ Diskussion. Verschiedenes. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur großen Zufriedenheit der ganzen Versammlung und erntete reichen Beifall. In der Diskussion kritisierte Herr Holz die großen Mängel des jetzigen Vereins und forderte sämtliche Kollegen auf, zu einem Fachverein überzugehen. In demselben Sinne sprachen noch verschiedene Kollegen. Herr Knüppel stellte den Antrag, eine Kommission aus 5 Mitgliedern zu wählen, welche die Sache behufs Gründung eines Fachvereins in die Hand nehmen sollte. Der Antrag wurde angenommen und zu diesem Zweck die Herren Kollegen Knüppel, Holz, Weber, Weife, Buchhorn gewählt. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 31. März, in oben angeführtem Lokal statt.

**Theater.**  
Freitag, den 21. März.  
Opernhaus, Othello.  
Schauspielhaus. Die Weisheit Salomos.  
Festung-Theater. Die Ehre.  
Berliner Theater. Antoinette.  
Deutsches Theater. Götter von Berlin.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
Der arme Jonathan.  
Wallner-Theater. Der Jongleur.  
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.  
Ostend-Theater. Die Rache.  
Residenz-Theater. Marquise.  
Pellenz-Theater. Der Nauhilf.  
Königstädtisches Theater. Der Fall Clemenceau.  
Central Theater. Ein fideles Haus.  
Adolf Ernst-Theater. Der Goldsucher.  
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.  
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Raufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

**American-Theater**  
Dresdenerstraße 55.  
Täglich Vorstellung.

**Circus Renz.**  
Karlsstraße.  
Heute, Freitag, den 21. März 1890,  
Abends 7 1/2 Uhr:

**Die lustigen Heidelberger**  
oder:  
Ein Studentenausflug mit Hindernissen.  
Große Original-Pantomime.  
Vorführung der 12 arabischen Schlangenhänge, von Herrn Franz Reiz.  
Austreten der renommierten Luftkünstlerinnen Geschwister Castagna. Schulkwadrille. Austreten der Schulkwadrille.  
Morgen Samstag: Große Benefiz-Vorstellung für den beliebten Klown G. Goblewski, unter Mitwirkung von sämtlichen Klowns der Gesellschaft.  
Sonntag: 2 Vorstellungen.  
E. Renz, Direktor.

**Circus Wulff.**  
Friedrich Carl - Ufer.  
Gede Karlsstraße.  
Freitag, den 21. März, Abends 7 1/2 Uhr:

**Komiker-Klown-Vorstellung.**  
Motto: „Wer lachen will muß heute kommen.“ Zum 1. Male, ganz neu: **Hindernis-Rennen**, von A. W. geritten, höchst originell. Der lustige Krieg, oder: Kavallerie zu Fuß. Mr. und Mad. Angot, oder: Die endlose Reise. Jernfalten, afrikan. Tiger-Gefel, vorgeführt vom Klown Willi Carr. Die bösen Schallinder, komische Pantomime. Das Apportpferd Parletin, welches ein Dicht selbst anzündet und auch ausbläst. Maximus und Minimus, großes und kleines Pferd, zusammen dressiert und vorgeführt vom Dir. E. Wulff.  
Die Hochzeit mit Hindernissen, großer Sacherfolg etc. etc.

21. Unter den Linden 21.  
Im Hause der Bühnenshallen  
neben der Passage.

**Ben-Vorführung**

Täglich **Ali-** ägyptischer  
u. indischer  
7 1/2 Uhr  
Abends. **Bey** Zauber-  
künste.  
3, 2 u. 1 M. Biletts im Invalidendank.

**Englischer Garten**  
Alexanderstraße 27c.

Auftreten der Chansonette **Frl. Franzisca Normann.**  
Auftreten des Gesangs-Humoristen **Hrn. Köhler.**  
Auftreten der Duettisten **Albert und Nelly Rappmann.**  
Auftreten der Chansonette **Frl. Jenny Peters,** sowie der musikalischen **Clowns Toni und Jack.**  
Anfang Wochentags 9 Uhr. Entree 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 20 u. 30 Pf.  
Sonntags Anfang halb 6 Uhr.  
Sonntags Entree 50, reservirt 75 Pf., Orchester 1 Mark.  
Vorverkauf Entree 40 Pf.

Passage 1 Et. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.  
**Kaiser-Panorama.**

Zum ersten Male: **Vierte Reise d. das malerische Schottland.**  
Zum ersten Male: **Zehnte Reise d. die malerische Frau. Schweiz.**  
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.  
Abonnement 1 M.

**Teppiche**  
zu billigen Preisen!

Wir verkaufen unser Teppich-Lager aus und verkaufen gewöhnliche haltbare Teppiche für 4, 5 u. 6 M. große Tapeitry-Plüsch-Teppiche für 12, 15, 18 und 20 M.

**Tischdecken**

Manilla-Tischdecken mit Franzen 2, 2,50 M., bunte Tischdecken mit Schnur und Quasten 3, 3,50 bis 5 M., Gobelin-Tischdecken mit Schnur und Quasten 5, 6 u. 8 M. Hochelegante Chenille-Tischdecken 4,50, 5 u. 6 M.

**Gardinen**

weiße Zwirn-Gardinen, reellstes Fabrikat, Meter 45, 50 u. 60 Pf., Englische Fall-Gardinen, auf beiden Seiten eingefast, Meter 50, 60, 75 Pf. u. 1 M. Einzelne abgepaste Fenster 3,50, 4-6 M. Häßliche Manilla-Gardinen, Mtr. 40 u. 50 Pf.

**Sielmann & Rosenberg**  
Kommandantenstraße  
Ecke Linden-Strasse.

**Molkenbrot**  
empfiehlt den Parteigenossen

**H. Braun, Kl. Andreasstr. 7.**

**Geschäftshaus S. Heine.**

**Chausseestraße 14.**

Die schönsten  
**Kinderskleider u. -Mäntel**  
für Mädchen jeden Alters, sowie  
**Morgenröde, Unterröde u. Eriocottailen**  
auch im Einzelverkauf sehr billig!  
Maßbestellungen u. Reparaturen  
werden prompt erledigt!

**Chausseestraße 14.**

**Geschäftshaus S. Heine.**

**Weberei, Breite-Str. 20.**

Hier werden in der Weberei etwas flechtig gewordene, aber **sonst ganz fehlerfreie** Shirting, Dowlas, Hemdentuche, Bettzeuge, Handtücher, u. Taschentücher bedeutend unterm Fabrikpreis **ausverkauft.**

**Reste**

und einzelne Roben, Kleiderstoffe schon von 2 Mark an.  
Einzelne schwarze **seidene** Roben à 9, 10 und 11 Meter.  
Einzel. schwarze **Cachemir-** Roben, à 5, 6 und 7 1/2 Meter.  
Auch Cachemir-Keite. Alles in bester Qualität, bedeutend unterm Fabrikpreis.

**Nothabak A. Goldschmidt,**  
am hiesigen Plage bekanntlich **Grösste Auswahl.**  
Garantirt sicher brennende **Tabake.**  
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Nothabake sind am 1653 Lager.  
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt.

**Möbel, Spiegel und**  
Polsterwaaren.  
eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
Brunnenstraße 28, Hof partiere.  
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

**Control-Marken-Hüte,**  
ganz besonders meine selbst fabrizirten Cylinderhüte, empfiehlt z. soliden Preisen

**Hermann Haase,**  
Invalidenstr. 129.

**Das gr. Lager Berlins.**  
**Andreasstr. 28.**

**Kinderswagen.**

**Control-Marken-Hüte,**  
ganz besonders meine selbst fabrizirten Cylinderhüte, empfiehlt z. soliden Preisen

**Hermann Haase,**  
Invalidenstr. 129.

**Das gr. Lager Berlins.**  
**Andreasstr. 28.**

**Kinderswagen.**

**Control-Marken-Hüte,**  
ganz besonders meine selbst fabrizirten Cylinderhüte, empfiehlt z. soliden Preisen

**Hermann Haase,**  
Invalidenstr. 129.

**Das gr. Lager Berlins.**  
**Andreasstr. 28.**

**Kinderswagen.**

**Zur Nachwahl im 1. Wahlkreise!**  
Heute, Freitag, d. 21. März, Abds. 8 1/2 Uhr!

**2 öffentliche Wählerversammlungen**

1. in Feuersteins oberem Saal, Alte Jakobstrasse 75.  
Referent: Stadtverordneter Vogtherr.

2. in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstrasse 48a.  
Referent: Theodor Meyner.

Der Kandidat wird in beiden Versammlungen zugegen sein. Genossen, welche am Tage der Wahl behilflich sein wollen, können sich in beiden Versammlungen melden.

Das Zentral-Wahlkomitee.

**Öffentliche Tischler-Versammlung**

am Sonntag, den 23. März,  
in d. Gambrinus-Brauerei, Wallstr. 46, in Charlottenburg.

Morgens 11 Uhr.  
**Tages-Ordnung:**

Die bevorstehenden Streiks im Tischlergewerbe.  
Referent: Herr Schade.

Diskussion und Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

**Möbelpolierer! Achtung!**  
Heute, Freitag, Abends 9 Uhr: Ausgabe der Lohn-  
tarife in den drei Zahlstellen.

Sonntag, Vormittags 10 Uhr: **Grosse ausserordentliche Verbands-Versammlung** im „Königstadt-Kasino“,  
Holzmarktstraße 72.

**Tages-Ordnung:**

1. Bericht, in welchen Werkstätten unsere Forderungen bewilligt sind.  
2. Beschlussfassung über weitere Schritte eventuell Generalstreik oder partieller.  
3. Verschiedenes.

Alle Möbelpolierer, nebst ihren Arbeitgebern, werden ersucht zu erscheinen.

**Mitglieder-Versammlung**  
der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Töpfer

am Sonntag, den 23. März, Vormittags 11 Uhr,  
im Königstadt Kasino, Holzmarktstr. 72.

**Tages-Ordnung:**

1. Die 8. ordentliche Generalversammlung im April dieses Jahres in Halle a/S. und etwaige an dieselbe zu stellende Anträge.  
2. Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung.  
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Das Erscheinen jedes Einzelnen ist Pflicht.  
Carl Habany, Bevollmächtigter.

**Grosse öffentliche Versammlung**  
der Bauarbeiter von Reinickendorf u. Umg.

am Sonntag, den 23. März, Nachmittags 2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Lüdike, Amendstraße 1.

**Tages-Ordnung:**

1. Auf was für eine Art ist es möglich unsere gegenwärtige traurige Lage zu verbessern? Referent B. Gahmann.  
2. Wie stellen wir uns zur Beschickung des in Hannover stattfindenden Bauarbeiter-Kongresses und auf welche Art und Weise werden die Unkosten zur Beschickung des Kongresses durch einen Delegierten gedeckt? 3. Zentralisation und lokale Organisation? §§ 152-153.  
4. Diskussion. 5. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt. — Es ist Pflicht eines jeden Bauarbeiters zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer: Provinzstr. 22.

**Die Putzerbörse des Westens**  
befindet sich jeden Sonntag, außer den Vereinssonntagen, Lützow-  
strasse 20, bei Gräfling.

Sämtliche Arbeiterblätter liegen aus.  
Mehrere Kollegen.

**Brenj. Lotterie-Antheilloose**  
offer. 1. Klasse 1/5 M. 25 Pf.,  
2. Klasse 1/10 M. 12 1/2 Pf.,  
3. Klasse 1/20 M. 6 1/4 Pf.,  
4. Klasse 1/40 M. 3 1/4 Pf.,  
5. Klasse 1/80 M. 1 1/4 Pf.  
S. Labandter, ältester Lotterio-  
gesch., Berlin, Johannisstr. 5. Bez. 1890



einen großen Auslauf hervor. In einem Pferdeabfuhrwagen der Linie Zoologischer Garten—Börsiger Bahnhof wollte ein Schlächter noch schnell sein Fuhrwerk in scharfem Trab vorbellen, als auf dem anderen Geleise ein Wagen derselben Linie dem Börsiger Bahnhofe zufuhr, so daß der Schlächter, ehe er ausbiegen konnte, von dem beiden Pferdeabfuhrwagen eingeklemmt war und festsaß. Es ertönte ein heftiges Krachen und Knistern, dem ein markerschütternder Aufschrei folgte. Infolge des wuchtigen Anpralls war der zwölfjährige Sohn des Schlächters mit, der neben dem Vater auf dem Bock gesessen hatte, vom Fuhrwerk heruntergeschleudert worden und lag nun aus mehreren klaffenden Wunden blutend auf dem Pflaster. Indef der allem Anscheine nach schwer verletzte Knabe zu einem Heilgehilfen konnte gebracht werden, gelang es mit großer Mühe, die drei fest aneinander gepreisten Wagen loszulösen. Die Pferdeabfuhrwagen waren verhältnismäßig noch glimpflich davongekommen. Außer einigen zertrümmerten Scheiben hatten sie keinen nennenswerten Schaden davongetragen; die Insassen waren alle mit dem bloßen Schrecken davongekommen. Dagegen war das Gefährt des Schlächters fast in Atome zerquetscht und zerdrückt worden. Es währte daher eine geraume Zeit, bis durch Freilegen des Geleises der Verkehr in die gewohnten Bahnen gelenkt werden konnte und die durch den Vorfall in begriffliche Aufregung versetzte Gegend ihr altes Aussehen gewann.

**Von den Herren Gebrüder Schulz,** Andreasstraße 12 und Höchststraße 14, werden wir um die Mittheilung ersucht, daß sie kontraktlich auf ein Jahr verpflichtet sind, Blumberger Milch zu beziehen. Es ist das jedoch keine Milch von Blumberger Bauern, sondern von dem Dominium Blumenberg, welches über einen Kilometer vom Dorfe entfernt liegt.

**Das plöblich günstige Wetter** hat die Besitzer der Gartenmöbel namentlich in der Umgebung Berlins einigermaßen überrascht und während der letzten beschriebenen Tage wurden in aller Eile die Gartenmöbel in Dienst gestellt, welche für den heißen Anstrich die nötige Trockenheit noch nicht überstanden hatten. Natürlich widerspricht der Wirth kein der Behauptung, daß ein solcher Stuhl oder Tisch noch abfärben könne und in einem Sommerlocal an der Hand kam es über diesen Punkt zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen dem Besitzer des Localen und einem seiner Gäste. Dieser behauptete, daß die Gartenmöbel noch feucht in der Farbe wären und zeigte seinen Nachbarn, an dem die Spuren der Farbe sichtbar waren. „Na, wissen Sie,“ entgegnete mit unerschütterlicher Sicherheit der Wirth, „die Farbe ist trocken, dafür seht sie sich ein; da muß gerade Ihr Kermel naß gewesen sein!“

**Die auf den hiesigen Begräbnisplätzen** befindlichen Leichenhäuser sind im Jahre 1889 zur Einlieferung von 11597 Leichen benutzt worden, es sind somit 32 pCt. der im verfloffenen Jahre Verstorbenen, deren Zahl sich auf 36246 belief, vor der Beerdigung in den Leichenhäusern untergebracht gewesen, gegen 21,57 pCt. im Jahre 1888.

**Der am 1. April d. J. beginnende Monat** muß bei kleinen, aus höchstens 2 Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus 3 oder 4 Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. April, Mittags 12 Uhr, bei großen Wohnungen am 3. April beendet sein.

**Die Strenge, mit welcher darauf geachtet wird,** daß in Berlin nur gute und unverfälschte Lebensmittel zum Verkauf kommen, trägt ihre guten Früchte. Im Monat Februar d. J. haben in Berlin im Ganzen 2041 polizeiliche Milchuntersuchungen stattgefunden. Bei denselben wurden 52000 Liter Milch untersucht, wovon 340 Liter beanstandet werden mußten. In 108 Fällen wurde das gerichtliche Strafverfahren eingeleitet. Es erwies sich also nur etwa 1/2 Prozent aller zum Verkauf gebrachten Milch als minderwertig.

**Polizeibericht.** Am 19. d. M. Mittags wurde im Landwehrkanal, nahe der Poststraße, die bereits verweste Leiche einer unbekanntem Franzosenporz angeschwommen und nach dem Schauhause geschafft. Nachmittags wurde ein seit längerer Zeit stellerloser Handlungsgehilfe in seiner Wohnung, in der unbekanntem Straße 30, erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden an sieben verschiedenen Stellen kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

## Gerichts-Beitung.

**Ein dunkles Geschäft.** Die Freuden und Leiden, welche glückliche Gewinner zuweilen auf der Rennbahn erleben, beschäftigte gestern in längerer Verhandlung die zweite Strafkammer am Landgericht II. Es war eine dunkle Gesellschaft, die sich im Sitzungssaale zusammen fand. Der eine Zeuge war von Natur schwarz wie Ebenholz, es war nämlich der in Philadelphia in der Slavelei geborene Neger, Restaurateur William Bealy; der zweite Zeuge betreibt ein schwarzes Geschäft, er ist Kohlenhändler und heißt Berg und der Angeklagte, der Zigarrenhändler Paul Emil Adolph Berg aus Berlin, wurde einer schwarzen That beschuldigt, er sollte nämlich die beiden Zeugen um einen namhaften Betrag betrogen haben. Der Sachverhalt war folgender: Bealy und der Kohlenhändler Berg trafen am 6. August v. J. mit dem Angeklagten auf dem Remplatz in Weidensee zusammen und beschloßen gemeinschaftlich zu wetten. Da keiner von den Dreien den sogenannten Pferdeschind befähigt, h. kein Urtheil über die Leistungsfähigkeit der starrten Pferde hatte, so kamen sie dahin überein, auf sämtliche an einem Rennen teilnehmenden Pferde den niedrigsten Betrag von je 10 M. zu setzen, weil sie ganz richtig kalkulirten, daß sie im schlimmsten Falle dabei nicht Alles verlieren, im besten Falle jedoch einen erheblichen Betrag gewinnen konnten. Gefagt gelhan! Im ersten Rennen liefen 13 Pferde, der Einsatz betrug also 13 x 10 M. = 130 M. Bealy gab dazu 65 M. her und die beiden Berg, der Zeuge und der Angeklagte, zusammen die andere Hälfte. Groß Pferde fielen durch, ein Pferd brachte 92 M.; Bealy hätte also 46 M. auf 65 M. zurück erhalten. Ehe diese Werte regulirt werden konnte, begann das nächste Rennen, in welchem 10 Pferde starteten. Diesmal betrug der gemeinschaftliche Einsatz 10 x 10 = 100 M. und der Sieger brachte 435 Mark auf 10 Mark. Bealy hatte also außer den 46 Mark aus dem ersten Rennen noch 217,50 M. zu beanspruchen. In gleichem Verhältnisse partizipirte der Zeuge Berg. Als es aber zur Regulirung kam, behauptete der Angeklagte, daß er einen Theil an einen vierten Mitspieler abgetreten und daß er diesem auch die Tickets zur Einziehung des Gewinnes übergeben habe. Diesen vierten Mitspieler konnte er nicht dem Namen, sondern nur dem Aussehen nach und dieser halb Unbekannte sei mit beiden Gewinnen durchgebrannt. Umsonst wurde der vierte Mann auf der ganzen Rennbahn gesucht, er war nicht zu finden. Da der Angeklagte, der zweifellos für den Gewinn verantwortlich und daher ersatzpflichtig war, sich nicht zur Zahlung verstand, so ersattete Bealy in dem Vertrauen, daß es in dem ersten Kulturlande Deutschland noch Richter gebe, Anzeige und nun nahm die Staatsanwaltschaft an, daß der Angeklagte die Gewinne eingezogen und für sich behalten, den Unbekannten aber nur vorgegeben habe, um die Unterschlagung zu bemanteln. Die Verhandlung gestaltete sich ungemein schwierig. Der Neger Bealy spricht zwar deutsch, aber nicht so fertig, daß er vermocht hätte, eine klare Darstellung des Sachverhaltes zu geben; der Kohlenhändler Berg ist zwar geborener Deutscher, aber seine Fähigkeit, sich deutsch auszudrücken, stand noch hinter der des Negers zurück, und der Angeklagte schien auch nicht sonderlich beflissen zu sein, die Sache klarzustellen, denn nach längerem Inquisitionsorium sah sich der Vorsitzende zu dem Ausrufe veranlaßt: „Nehmen Sie sich doch zusammen! Ich komme ja mit Ihnen nicht von der Stelle, Sie können ja keinen klaren Gedanken andrücken!“ worauf der Angeklagte erwiderte: „Ja, Herr Präsident! Die Geschichte ist auch zu oerwickelt!“ Im Uebrigen blieb er dabei: „Der vierte Mann ist mit dem Gelde durchgebrannt, das kommt auf der Rennbahn

häufig vor!“ — „Ja, das glaube ich beinahe auch!“ meinte der Vorsitzende. Das Urtheil lautete schließlich dahin, daß der Angeklagte selbst keine Kenntnis von dem Verschwinden des Rennplatzes habe, und da die Zeugen nicht vermocht hätten, die Sache klar zu machen, so schiene dieselbe nicht so aufgeklärt, daß sich eine Verurtheilung aussprechen lasse. Die Zeugen müßten ihre Ansprüche beim Freirichter geltend machen, kraftrechtlich müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt.

**Die geheimnißvolle Menschenfalle,** welche bei Gelegenheit eines Brandes in der Birkenstraße ans Tageslicht gekommen ist und die Bewohner Moabits geraume Zeit in großer Aufregung erhalten hat, beanspruchte das Hauptinteresse in der Verhandlung einer Anklage wegen vorsätzlicher Brandstiftung, welche heute vor dem Schwurgericht hiesigen Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsraths Wensso ihren Anfang nahm. Angeklagt ist der Zigarrenhändler Johannes Bobbe, welcher in der Birkenstraße 22a in Moabit einen Laden inne hatte und am 29. September in demselben Feuer angelegt haben soll. Bei den Lösungsarbeiten machte die Feuerwehr eine Entdeckung, welche, wenn sie wirklich den dämlichen Hintergrund hätte, den man ihr zu geben geneigt ist, den Angeklagten zu einem höchst verwegenen Verbrecher stampeln würde. Alle schauerlichen Geschichten, die man im „Pitaval“ gelesen, die Räuberromantik des „Wirthshaus im Speckart“ würde sofort wieder aufleben, denn es handelt sich um Nichts geringeres als daß der Angeklagte in dem Keller vor seinem Ladenthüre eine fargählige Verfertigung sich konstruirt haben soll, die mittelst einer Fallthür verschloßen war. Die Verfertigung dieser Verfertigung ist in geheimnißvolles Dunkel gehüllt; die Bewohner Moabits, welche heute in großer Zahl in den großen Schwurgerichtssaal gestromt waren, halten an dem Glauben fest, daß es sich um eine regelrechte „Menschenfalle“ handelte, deren Fallthür der Angeklagte durch einen Druck auf einen Knopf öffnen konnte, um Kassenboten, Geldbrieffräger und andere Sterbliche, welche vor dem Ladenthüre sich befanden, bei Gelegenheit verschwinden zu lassen. Im Verbrechertromantik erinnern auch die beiden auf dem Gerichtstische liegenden Revolver, welche dem Angeklagten bei seiner Verhaftung abgenommen worden sind. Auf demselben Tische befindet sich ein Gegenstand, welcher schon vor Eröffnung der Sitzung das lebhafteste Interesse der Erhörenden in Anspruch nimmt: ein aus Pappe hergestelltes Modell jener vermeintlichen „Menschenfalle“; das Modell besteht aus zwei Platten, welche durch einen senkrecht gehenden Schacht mit einander verbunden sind, die obere Platte enthält eine Zeichnung des Bobbeschen Ladens. — Der Angeklagte müßte, wenn ihm wirklich so furchtbare, an die Abzügen erinnernde Pläne zugutrauen wären, gewissermaßen ein „Verbrecher in Lackstiefeln“ sein, denn seine äußere Erscheinung macht einen ziemlich harmlosen Eindruck. Er ist ein Mann von schmaligem Körperbau, mit eingefallenen bartlosen Gesicht, sorgsam geschertem krausen Haar und er zeigt sich in tadellosem, schwarzem Anzuge. Freilich ergeben die Personalien, daß diese ganz freundliche äußere Hülle eine schwarze Seele birgt. Als Verteidiger steht ihm Rechtsanwalt Silberstein zur Seite, die Anklage, welche nur auf vorsätzliche Brandstiftung lautet, vertritt Staatsanwalt Krobisch. Da die Verhandlung voraussichtlich zwei Tage dauert, wird ein Erlassgeschwornener ausgelost. In Betreff der Personalien des Angeklagten wird folgendes festgesetzt: Er ist im Jahre 1852 in Berlin geboren. Nach seiner Einsegnung lernte er die Konditorei und ging dann auf die Wanderschaft. Mit 18 Jahren erlitt er seine erste Strafe wegen Bettelns in Braunschweig, dann in Bonn eine einmonatige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls in zwei Fällen. In Hamburg wurde Bobbe wegen einer Reihe schwerer Diebstähle zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt und dann ebendasselbst wegen einer im Zuchthause begangenen schweren Körperverletzung mit anderthalb Jahren Gefängnis. Nach Verbüßung dieser Strafe wandte Bobbe sich nach Berlin. Hier bezog er wiederum mehrere schwere Diebstähle, die ihm abermals eine sechsjährige Zuchthausstrafe und die üblichen Nebenstrafen eintrugen. Im Jahre 1888 wurde Bobbe wieder auf freien Fuß gesetzt. Er gab auf die Fragen des Präsidenten die Vorstrafen zu, will von Bonn nach Italien gegangen sein und dies Land durchwandert haben. Ueber seinen ferneren Lebenslauf verweigert er jede Auskunft, trotzdem der Präsident ihn darauf aufmerksam macht, daß dies einen guten Eindruck nicht hervorruft. Er erklärt sich der vorsätzlichen Brandstiftung für nicht schuldig. Präsi.: Womit beschäftigten Sie sich, als Sie im Jahre 1888 Ihre letzte Strafe verbüßt hatten? — Angell.: Ich wurde Lebens- und Feuerversicherungsagent. — Präsi.: Das brachte Ihnen aber wohl nicht viel ein? — Angell.: O ja, ich habe im Jahre 1888 innerhalb 10 Monaten gegen 3000 Mark verdient. — Präsi.: Wann und wo lernten Sie Ihre jetzige Frau kennen? — Angell.: Im Frühjahr des vorigen Jahres, sie diente bei einer Herrschaft in der Neuenburgerstraße. — Präsi.: Sie versuchten wohl zunächst, sie zum Beitritt zu einer Sierbelasse zu bewegen? — Angell.: Jawohl und dadurch wurde ich mit ihr bekannt. — Präsi.: Sie haben sich dann bald mit ihr verlobt und sie am 6. Mai geheiratet? — Angell.: Jawohl. — Präsi.: Was hat Sie dazu bestimmt? — Angell.: Ihre Persönlichkeit. — Präsi.: Wüßten Sie nicht auch, daß Ihre Braut etwas Geld besaß? — Angell.: Das erfahre ich erst später. Meine Frau hat 2400 Mark mit in die Ehe gebracht. — Präsi.: Inzwischen hatten Sie in der Birkenstraße einen Laden gemietet und ein Zigarrengeschäft eingerichtet, hat Ihre damalige Braut nicht die Mittel dazu hergebracht? — Angell.: Nein, die Einrichtung habe ich aus meiner Tasche bezahlt. — Präsi.: Wann bezogen Sie denn die neue Wohnung in der Birkenstraße? — Angell.: Ende Mai, als ich das Geschäft eröffnete. — Präsi.: Umg das Geschäft gut? — Angell.: Anfanglich nicht, es wurde aber von Monat zu Monat besser. — Präsi.: Es kauften zuweilen wohl nur kleine Leute bei Ihnen? — Angell.: Jawohl, meine theuersten Zigarren kosteten 12 bis 15 Pf. das Stück, ich führte von dieser Sorte nur wenige. — Präsi.: Wie viel Werth hatte wohl Ihr ganzer Zigarrenvorrath? — Angell.: Etwa 1000 M. — Präsi.: Bald nach der Geschäftseröffnung verhielten Sie Ihr ganzes Mobiliar und Ihre Waaren bei der „Union“ für 5251 M.? — Angell.: Das ist richtig. — Präsi.: Warum haben Sie Ihre Agenturen denn ausgegeben nach Eröffnung des Zigarrengeschäfts, die hätten Sie doch nebenbei recht gut behalten können? — Angell.: Ausgegeben hatte ich sie nicht, nur einstellweise eingestellt. Ich wollte, daß meine Frau erst den Geschäftserfolg kennen lernen sollte, dann hätte ich ihr den Zigarrenverkauf überlassen und die Agenturen wieder aufgenommen. — Präsi.: Dagegen war aber doch kein halbes Jahr nötig. Gaben Sie in der Zeit denn gar keine Nebenbeschäftigung gehabt? — Angell.: Nein. — Präsi.: Wir werden gleich sehen, womit Sie sich beschäftigt haben. Sehen Sie sich mal das Modell an, das auf dem Tische liegt, ist das richtig? — Der Angeklagte sieht es schweigend an. — Präsi.: Es ist das aufstehende Einrichtung, die Sie in so geheimnißvoller Weise hergestell haben und worüber im Publikum so viel geredet worden ist. Wir werden jetzt mal hören, wozu sie gedient hat. Sie haben in Ihrem Laden, unmittelbar vor dem Verlaßthüre eine Fallthür hergestell, die in Charnieren hing und sich nach unten öffnen ließ. Die Thür bildete den Verschluß zu einem Schacht, den Sie mit großer Nähe angeordnet haben mußten, denn er war etwa einen halben Meter im Quadrat und ging senkrecht über drei Meter tief hinab, die Wände hatten Sie teilweise mit Brettern bekleidet. Unten schloß sich an den Kanal eine senkrecht gehende fargählige Oeffnung an. Nun sagen Sie mal, was hatte diese ganze Einrichtung für einen Zweck? Sie müssen einräumen, daß es zu den gewagtesten Vermuthungen Veranlassung giebt. — Angell.: Herr Präsident, es ist eine ganz harmlose Einrichtung. Ich habe mir den Schacht zu meiner Brauemerkel

gemacht, weil ich Feuerungsmaterial und leere Zigarrenkisten darin aufbewahren wollte. — Präsi.: Das klingt wenig wahrhaftig. Sie hatten doch unter Ihrem Laden einen regelrechten Keller zur Verfügung, zu dem eine andere Fallthür in einer Ecke des Ladens führte? — Angell.: Das wohl, aber die Klappe war zu klein und außerdem mit Regalen derart verbaut, daß nur ein kleiner schwächlicher Mensch in gebückter Stellung Durchgang finden konnte und wenn man mit Holz oder Kohlen beladen war, war es überhaupt nicht möglich. — Präsi.: Die Klappe ging aber nach innen auf und Sie hätten dann ja immer erst durch den eigentlichen Eingang in den Keller schreiten müssen. — Angell.: Es war noch nicht fertig eingerichtet. — Präsi.: Dann ist es aber doch auffallend, daß Sie zwei Monate, bevor der Brand bei Ihnen ausbrach, sich an Ihren Hauswirth mit der Bitte wandten, er möge Ihnen die nach Ihnen Keller führenden Fenster zudecken lassen, es wär Ihnen umangenehm, wenn jeder Vorübergehende hineinsehen könnte. Außerdem müßten Sie die immerhin bedeutende Arbeit mit großer Heimlichkeit betreiben haben, da Niemand im Hause etwas davon gemerkt hat. — Angell.: Das möchte nicht, daß ich mich besonders heimlich bewegt hätte. — Präsi.: Sie hätten die ganze Einrichtung erläutert, wird hier vom Beiliegenden unterbrochen, welcher den Vorschlag macht, daß sowohl der ganze Gerichtshof wie die Geschworenen und die sonst bei der Verhandlung Beteiligten sich nach der in der Nähe belegenen Birkenstraße begeben, um den „Bau“ persönlich in Augenschein zu nehmen. Nur dadurch sei ein klares und zuverlässiges Bild über denselben zu gewinnen. — Staatsanwalt Krobisch befürwortet diesen Antrag, der Präsident unterbricht die Sitzung auf eine Stunde und sämtliche Beteiligten begeben sich nach dem Thabor. Der den Angeklagten begleitende Gerichtsdiener bedient sich vorsichtshalber eines Knechts. Am Thabor beschäftigen die Geschworenen eingehend die geheimnißvolle Vorrichtung und Bobbe muß wiederholt in den Keller hinunter klettern und die geheimnißvolle Einrichtung erklären. Er bleibt dabei, daß es sich um einen ganz harmlosen Zweck gehandelt habe. Die Stunde von dem Erscheinen der Gerichtskommission hatte sich sehr schnell verbrochen und das Haus Birkenstraße 22a wurde noch lange Zeit von einer zahlreichen Menschenmenge umlagert.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen befragt der Präsident den Angeklagten noch über Einzelheiten bezüglich der verdächtigten Klappe. — Präsi.: Wie lange haben Sie an der Sache gearbeitet? — Angell.: Im Juli hatte ich damit angefangen. — Präsi.: Merkwürdig ist es, daß Ihre Frau Behältnis zur Aufnahme von Holz und Kohlen dienen sollte? — Angell.: Ja wohl! — Präsi.: Wäre es denn nicht praktisch gewesen, den Raum durch eine Scheidewand in zwei Hälften zu theilen? — Angell.: Das war nicht nötig. — Präsi.: Die ganze Einrichtung sollte nur dazu dienen, daß Sie es bequemer haben sollten? — Angell.: So ist es. — Präsi.: Wir haben an Ort und Stelle gesehen, daß es doch noch andere, ganz bequeme Gelegenheiten gab, Holz und Kohlen in den Keller zu befördern. Warum haben Sie übrigens ein Schlüßloch in die Schachtthür angebracht? — Angell.: Weil ich den Raum auf alle Fälle verschließbar haben wollte. — Präsi.: Gegen was denn? Von unten war ja alles vermauert und abgegrenzt, so daß von dort nichts genommen werden konnte. — Angell.: Ich wollte die Thür verschließbar haben, damit meiner Frau nicht einmal aus Unvorsichtigkeit ein Malheur hätte zustoßen können. — Präsi.: Die Herren Geschworenen werden sich durch den persönlichen Augenschein wohl selbst ein Bild gebildet haben und Ihnen wird es überlassen bleiben, in wieviel sie Ihre mindestens geschraubten Erklärungsgründe als zutreffend erachten wollen.

Der Präsident sucht nunmehr festzustellen, wie sich der Angeklagte am Tage des Brandes verhalten hat. — Am Abend vor dem Brande ist der Angeklagte nur mit seiner Frau in seiner Wohnung gewesen. Er will zuletzt am 29. September gegen 7 Uhr Abends zuletzt im Keller gewesen sein, um Feuerungsmaterial zu holen. Wer zuletzt im Laden gewesen ist, den Laden geschlossen und die Mollhaufen herabgelassen hat, weiß er nicht. Gegen 8 Uhr hat er noch einen Restaurateur Hanke drei Kisten Cigarren gebracht und sich bei demselben 1 1/2 Stunden aufgehalten. Nachdem der Laden geschlossen war, hat er eine Reisetasche gepackt und seiner Frau gesagt, daß er nach Kreuz reisen wolle. Er behauptet, daß diese Reise erst nach dem 1. Oktober beginnen und den Zweck haben sollte, seine Verbindungen zu Agenturenwerken anzuknüpfen. Seine Frau, so erzählt er, sei um 10 1/2 Uhr ins Bett gegangen, er selbst habe sich in einem kleinen Zimmer aufgehalten und geschrieben. Gegen 11 Uhr habe er sich ins Bett begeben und er behauptet, daß die Lampe brennend im Laden gelassen habe; in der Erwartung, daß dieselbe von seiner Frau sachgenommen werden würde. Das Protokoll des Inspektors Braune verzeichnet als Aussage des Angeklagten, daß derselbe sich nur Koch und Stiesel ausgezogen habe, als er ins Bett ging. Der Angeklagte bestreitet dies jetzt nicht. Er behauptet, daß er vollständig einstellend gewesen sei. Gegen 4 Uhr Morgens sei er durch ein verächtliches Knistern aufgeweckt worden, habe sich schnell angekleidet und überzeugt, daß ein Feuer ausgebrochen sei. Er habe sofort gefagt, daß bei einem Plume, welcher so oft befohrt ist, wie er, der Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung nahe liege und da er auch in dem Laden eigenschäftig zu umfangreichen Bauereien vorgekommen hatte, so habe er es für das Beste gehalten, das Weite zu suchen, habe schnell die Reisetasche ergriffen und sei davon gegangen. Leute, welche um diese Zeit vor dem Hause waren, habe aber von ihm Nichts gesehen. Nach den gerichtlichen Feststellungen hat sich der Angeklagte zunächst auf ein Telegraphenbureau begeben, hat durch ein Telegramm seine Schwägerin aufgefordert, nach seiner Frau zu sehen und ist dann nach Charlottenburg gegangen. Später ist er zu seinem Schwager nach Berlin zurückgekehrt, hat sich nach dem Feuer erkundigt und ist dann nach Schöneberg und Friedenau gegangen. Von Friedenau aus hat er um seine Frau zu täuschen, ein Telegramm an dieselbe geschrieben, welches die Worte enthielt: „Schlechte Geschäfte.“ Der Angeklagte hat nach dem Brande unangenehm in Schöneberg Quartier genommen und ist erst am 6. November verhaftet worden. Er giebt zu, daß er am Morgen des Brandes weder Abscheu gemacht, noch um Hilfe geschrien, auch seine Frau nicht gewarnt hat. Er erklärt dies damit, daß er furchtbare Angst gehabt habe, daß man ihn der Brandstiftung bezichtigen könnte, und da er nicht hätte fortkommen können, wenn seine Frau wach geworden wäre, so habe er sich stillschweigend davon gemacht. Die beiden Revolver, welche bei seiner Verhaftung bei ihm vorgefunden worden, hätte ihn eben zu einem Selbstmord dienen sollen, falls er wirklich unter dem Verdacht der Brandstiftung verfolgt werden sollte. Er behauptet, daß seine Verhaftung auf durchaus realer Grundlage beruht habe und daß nach seiner Ansicht der Brand nur dadurch entstanden sein könne, daß der letzte Käufer einen brennenden Zigarrenstummel in die Oede geworfen. Aus den Alten Konstantin Briefe an einen Verwandten angedeutet hat, daß er eine Summe von 600 M. in Zwanzig-Markstücken vergraben habe, aber die Stelle nicht angeben werde. Da der Angeklagte jetzt selbst giebt, daß er Geld überhaupt nicht vergraben hat, liegt die Vermuthung nahe, daß jene Briefe nur geschrieben worden, um nach Außen hin Glauben zu machen, daß sich der Angeklagte in günstiger Vermögenslage befinden habe, bezüglich des vorhandenen Waarenverandes klärt der Angeklagte, daß er für 3000 M. haar Waare gekauft

habe; aus den Büchern ergibt sich aber nur der Bezug von Waren in Höhe von ca. 1200 M., der Angeklagte behauptet aber, daß er den Rest von 1900 M. von „fliegenden Händler“ entnommen habe. Jedem einen derselben kann er nicht nachweisen, auch sind keinerlei diesbezügliche Quittungen vorhanden. Der Staatsanwalt stellt fest, daß der Angeklagte bereits im Juni 1900 in Verlegenheit gerathen war, daß er ein neues Geldspind wieder verkaufte, um Geld zu schaffen. Bobbe giebt dies zu, behauptet aber, daß es sich nur um ein Rückkaufgeschäft gehandelt habe und der Schrank nach vierzehn Tagen von ihm wieder eingekauft worden sei.

Nachdem die Vernehmung des Angeklagten, welche über vier Stunden in Anspruch genommen hat, beendet ist, wird in die Beweisaufnahme eingetreten und als erster Zeuge der Brunnenscheider Spohn, der Hauswirth des Angeklagten, vernommen: Bobbe habe die Mämlüchlein für den Preis von 1500 M. gemietet und sollte eigentlich die Miethe in vierteljährlichen Raten zahlen. Dies sei aber nur in monatlichen Raten geschehen und im Monat August sei diese Zahlung auch ausgeblieben. Der Zeuge ist während der Mietzeit des Angeklagten nie in dessen Keller gewesen, hat nie etwas von den unterirdischen Arbeiten des Angeklagten gehört und ist bei Entdeckung derselben aufs höchste erstaunt gewesen. Über den Umfang des Warenbestandes, den der Angeklagte besessen haben will, weiß der Zeuge nichts zu betonen. Beim Ausbruch des Feuers ist der Zeuge in die Bobbesche Wohnung geeilt und hat nur die Ehefrau angetroffen, welche ihm mittheilt, daß ihr Mann verweist sei. Eine auffällige Erscheinung spricht besonders für die Annahme einer vorsätzlichen Brandstiftung, die Klappe nämlich, welche den Schacht verschloß, war an den unteren Seiten stärker angebrannt, wie an der oberen. Der Schacht selbst war etwa zur Hälfte mit Kohlen und Holzstücken angefüllt. Einen vorhergehenden Petroleumgeruch hat der Zeuge während des Brandes nicht wahrgenommen, über die Ursache des Ausbruchs vermag er ein Urtheil nicht anzugeben, hält aber die vom Angeklagten dafür angegebene Entzündungsart für wenig wahrscheinlich.

Der zweite Zeuge, Milchhändler Bod, ist ebenfalls ein Hausgenosse des Angeklagten. Er war schon bei der Arbeit, als er auf den Rauch aufmerksam machte, der durch die Thürriegen auf dem Bobbeschen Laden strömte. Er klopfte gegen die Wohnungstheür, es wahrte aber geraume Zeit, bevor Frau Bobbe halbbedeckt öffnete. Im Laden brannte es lichterloh, Frau Bobbe rief: „Wo ist mein Mann? Er ist doch nicht noch im Laden?“ Erst nach einiger Zeit sagte sie ihm: „Er wollte verzeihen, vielleicht ist er schon fort.“ Der Zeuge hat die Feuerwehre gerufen, welche den Brand bald löschte. — Oberfeuermann Baumann war von der Feuerwehre zuerst zur Stelle, nachdem er die Thür eingeschlagen, brach eine heisse Stichflamme aus dem im Laden befindlichen Schacht hervor. Es gelang leicht das Feuer zu löschen, der Zeuge hält es nicht für möglich, daß das Feuer in der Weise ausgebrochen, wie der Angeklagte angiebt, als einziger Heerd sei der Schacht anzusehen, aus welchem die brennenden Holzstücke entfernt werden mußten. Dieser Zeuge will einen auffallenden Petroleumgeruch wahrgenommen haben, auch ist ihm, wie dem ihn begleitenden Feuerwehmann, der Umfang aufgefallen, daß die Klappe zu dem Schacht bei ihrem Eindringen in den Laden geöffnet war. In dem Schacht haben sie außer dem feingemachten Holz auch zerbrochene Zigarrenstücken gefunden.

Um 9 1/2 Uhr verläßt der Präsident die Verhandlung bis Freitag Vorm. 9 1/2 Uhr.

## Soziale Uebersticht.

**Achtung! Metallarbeiter!** Der Streik der Firma Friedr. Siemens u. Comp., Neuenburgerstr. 24, dauert unverändert fort. Zugang ist fern zu halten von Schloßern, Drehern, Formern, Sternmachern, Gießern, Modellmachern, Padern und sämmtlichen Hilfsarbeitern.

**Stettin, 20. März.** Seit 5 Wochen liegen die Seiler und Werkschläger Stettins und Umgegend im Streik, und es ist leider noch keine Aussicht auf Erfolg vorhanden. Wir bitten nun die Kollegen, den Zugang fern zu halten, sowie was mit Geldmitteln zu unterstützen. Sendungen sind zu richten an Eggert, Stettin, Giesebrechtstr. 3, Hof 1. Er. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Das Streikkomitee.

## Versammlungen.

**Eine großartige, von zirka 1000 Personen besuchte öffentliche Versammlung** der Steinbrücker und Lithographen tagte am 12. d. M. im böhmischen Brauhaus mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Was bedenken wir für die Zukunft zu thun? 3. Diskussion. 4. Warum halten wir den 1. Mai als Feiertag? 5. Verschiedenes. Zur Leitung der Versammlung wurden die Kollegen Leuchner, Hildebrandt, Welsch und Simonson gewählt. Zum ersten Punkt erstattete Kollege Liebig den Bericht der Lohnkommission. Der Gesamtlohnbestand beträgt 6762,90 M. Unter den verlesenen Ausgaben bestand sich auch ein Posten für gemästete Mitglieder der Lohnkommission, jedoch war von einigen Kollegen aus der Anwesenheit, wo die Abstimmung stattgefunden, daß Bericht in Anlauf gesetzt worden, daß eine der betreffenden Kommissionmitglieder nicht als gemästete anzusehen sei, trotzdem dasselbe längere Zeit zur Zufriedenheit des Geseß in der betreffenden Anstalt thätig war. Im Verlauf der Debatte wurde beschlossen, die Entlassung als Maßregelung zu betrachten und der Lohnkommission für ihr Eintreten für die Kollegen ein Verzeihensvotum ausgestellt. Zum mehr nahm Kollege Silber das Wort zum Punkt 2 der Tagesordnung. In seinen Ausführungen kam derselbe zunächst auf die Verhältnisse zu sprechen, welche in den Schichtigen und noch im Anfang der Siebziger Jahre in unserer Branche und im Lager waren; damals schon wurde im Luxusfach nur 8 Stunden gearbeitet, da man es für unmöglich hielt, daß eine farbige Arbeit bei Licht könne gedruckt werden. Auch wurde damals nicht so ins Unerendliche hineinproduziert, wie es heute der Fall ist, sondern es wurde doch einigermaßen noch auf gute Auslieferung der Arbeit gesehen. Durch die immer mehr um sich greifende Gewinnsucht des Kapitals ist es jedoch soweit gekommen, daß nicht nur des Abends, sondern auch gar des Nachts gearbeitet wird, trotzdem es heute vermöge der Maschinen und größerer Formate möglich ist, das sechsfache in derselben Zeit gegen früher zu liefern. Ganz dasselbe Verhältnis herrsche auch gegen die Lithographen, auch dieselben leiden sehr infolge der Ueberproduktion, welche in der Hauslithographie (sogenannte Privatlithographen) besonders hervortritt. In der letzten Zeit zwischen hierauf die Spaltung, welche leider in der letzten Zeit zwischen den Druckern und Lithographen zum Ausbruch gekommen, indem die Letzteren einen Verein für sich gegründet. Ein derartiges Vorgehen sei unter den jetzigen bestehenden Verhältnissen durchaus zu verwerfen, im Gegentheil müssen wir alle bestrebt sein, durch gemeinsame Organisation und durch gemeinschaftliche Maßnahmen unsere tieftraurige wirtschaftliche Lage zu verbessern zu suchen. Wie seiner Zeit die Erhöhung der Löhne mit der allgemeinen Vertheuerung der Lebensmittel motiviert wurde, so müssen auch für uns diese Gründe maßgebend sein, um eine Erhöhung unseres Lohnes herbeizuführen. Die Forderungen, welche in der am 15. April v. J. stattgehabten Versammlung aufgestellt worden sind, müssen voll und ganz zur Durchführung gebracht werden. Da bei den Lithographen schon theilweise achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, so ist Redner für Befestigung einer solchen bei den Lithographen. Im Weiteren legte der Redner

auseinander, in welcher Art und Weise die Forderungen zur Durchführung zu bringen sind; dieselben müssen den Prinzipalen zuerst unterbreitet werden und es muß möglichst darnach getrachtet werden, auf gutem Wege dieselben zu erreichen, wenn dies jedoch ablehnend beantwortet wird, dann müssen wir alle, Mann für Mann, für dieselben eintreten und dieselben eventuell durch einen Generalstreik zu erkämpfen suchen. (Beifall.) Hierauf nahm Kollege Simer als Korreferent zu demselben Punkt das Wort. Derselbe erklärte sich mit den Ausführungen des ersten Redners vollkommen einverstanden bis auf den Punkt betreffs des Generalstreiks. Im Prinzip ist er auch für denselben, doch für heute ist derselbe nicht ganz durchführbar, weil unsere Kollegen alle zu schlecht gestellt sind. Geld zur Durchführung eines solchen ist nicht genügend vorhanden und andere Gewerkschaften wären durch die Lohnbewegungen auch schon sehr mitgenommen oder beabsichtigen selbst in eine solche einzutreten. Auch ist der Indifferentismus in unserer Branche noch ein ziemlich starker. Außerdem müssen wir aus Gerechtigkeit auch nur in einen partiellen Streik eintreten, da wir Anstalten und Kollegen haben, welche die gestellten Forderungen schon zahlen respektive erhalten. Auch ist unsere Branche eine viel zu sehr verzweigte und unsere Forderung ist ja doch nur eine Mindestforderung. In der Diskussion treten alle Redner warm für die Forderungen ein, auch die ziemlich stark vertretenen Lithographen erklärten sich mit denselben vollständig einverstanden. Die am 15. April v. J. gestellten Forderungen sind folgende: Arbeitszeit 9 Stunden für Drucker, 8 Stunden für Lithographen, 40 Pf. Mindest-Stundenlohn für Drucker, 45 Pf. für Lithographen; für Ueberstunden 50 Pf., Sonntagsarbeit 100 Pf. Zuschlag, vierzehntägige Kündigung, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und Sonnabends 1 Stunde früher Feierabend. Vorstehende Forderungen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag, eine Kommission von dreizehn Mitgliedern zu wählen, die die Aufgabe hat, die Beschlässe zu beraten wie und in welcher Weise dieselbe zur Durchführung zu bringen sind. Gewählt wurden 6 Lithographen, 5 Steinbrücker, 1 Lithograph und 2 Steinschleifer. Nach einem zu Punkt 4 vom Kollegen Preuß gehaltenen und mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde beschlossen, den 1. Mai als Feiertag zur Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu halten. Ein Antrag, nur solche Hälte zu kaufen, welche mit der Kontrollmarke deutscher Hutmacher versehen sind, fand einstimmige Annahme. Mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

**Die Lederarbeiter** Berlins waren am Mittwoch Abend außerordentlich zahlreich im Restaurant Wuggenhagen am Moritzplatz versammelt, um sich mit der Frage: Wie stellen sich die Herren Fabrikanten zu den Forderungen der Lohnarbeiter? zu beschäftigen. Die Fabrikanten hatte man zu dieser Versammlung eingeladen und sie waren auch in großer Anzahl erschienen. In's Bureau wurden die Herren Zahn, Schulz, Böckel und Fiedler gewählt. Das Referat hatte Herr R. Schmidt übernommen. Derselbe schilderte in einständiger Rede unsere industriellen Verhältnisse, speziell die der Lederbranche, welche er als tief traurige bezeichnete. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint es zwar, als ob in dieser Branche die kapitalistische wirtschaftliche Entwicklung ihren herrschenden Einfluß noch nicht ausgeübt habe; die Maschine komme nur wenig zur Anwendung, der handwerksmäßige Betrieb sei noch geblieben. Wehe man aber genauer auf die Verhältnisse ein, so zeige sich, daß auch hier die Macht des Großkapitals ihre Herrschaft in vollem Maße, ja fast noch in höherem als in anderen Industriezweigen ausübe. Es zeige sich, daß hier ein Kleinmeisterthum existire, welches vollständig von den Kapitalisten abhängig sei und fast in eben so hohem Maße den Druck des Kapitals zu fühlen habe, wie die eigentlichen Lohnarbeiter. Dieses Kleinunternehmerthum werde seine Lage bereits erkannt haben und voraussichtlich sich mit den Arbeitern solidarisch erklären. Der Großkapitalist, der Großfist, beherrsche die ganze Produktion, ihm sei der Kleinmeister auf Gnade oder Ungnade übergeben, weil er sich gegen dessen Preisdrückung nicht wehren könne. Der Kleinmeister müsse verdienen, der Großkapitalist wolle erst recht verdienen und von diesem gelange das Fabrikat noch wieder in andere Hände, die auch noch ihren Profit haben wollen. Ueberall bleibe etwas hängen und die Pöche hätten zunächst die Arbeiter, dann aber auch die Kleinunternehmer zu zahlen. Unter diesen Umständen sei es erklärlich, daß Löhne von 12, 15 oder 18 M. wöchentlich gezahlt würden. Gegenüber solchen Löhnen müsse die Forderung einer Erhöhung der Preise um 25 Pf. als eine sehr bescheidene gelten. Daß auch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden angestrebt werde, sei durchaus notwendig, um eine Regelung der Produktion herbeizuführen. Die unmaßige Ausnutzung der Kräfte während der Saison müsse aufhören, damit auch zu anderen Zeiten Beschäftigung vorhanden sei. Niemand habe sich die Ausbeutung jugendlicher Kräfte so ausgebildet, wie in der Lederindustrie. In den meisten Fällen bringe man den Lehrlingen auch nicht die allernöthigsten Kenntnisse bei, so daß die Ausgebildeten gar nicht in der Lage seien, den Anforderungen zu genügen, welche ein ganz beschriebener Meister an sie stellen würde. Wer eine Besserung im Gewerbe anstreben wolle, müsse mit den Arbeitern sympathisiren. Den Arbeitern aber rufe er zu, sich dem Fachverein anzuschließen und vereint für die Beseitigung der traurigen Zustände und Verbesserung ihrer Lage einzutreten. (Lebhafter Beifall.) Die hierauf folgende Diskussion gestaltete sich zu einer sehr interessanten. Herr Zahn forderte die Kollegen auf, sich vollständig dem Fachverein anzuschließen, da nur bei einigen Vorgehen die Forderungen verwirklicht werden könnten. — Herr Klaus, Fabrikant, erklärte, daß der Referent in vielen Punkten Recht habe. Er sei seit 18 Jahren Fabrikant, müsse aber leider konstatiren, daß es mit dem Gewerbe von Stufe zu Stufe abwärts gegangen sei. Er lasse speziell für den Export arbeiten, für diesen sei aber England schon seit 6 Jahren vollständig brach gelegt und Amerika erhebe einen so hohen Einfuhrzoll, daß man auch dorthin nicht mehr exportiren könne. Hierzu komme, daß fortwährend neue Muster auftauchten, mit denen man rechnen müsse. Sowie eine Neuheit eingeführt sei, müsse das vorhandene Lager alter Fabrikate unter dem Preise verkauft werden. Es sei bei der Fabrikation heutzutage nichts mehr zu verdienen. (Beifall.) — Herr Kessel rügt die gerade unsinnige Verschleuderung der Waaren seitens mancher Fabrikanten, durch welche die ganze Lederindustrie schwer geschädigt werde. Die Arbeiter würden sich bereit sein, mit den Fabrikanten gegen derartige Ausschüß zu kämpfen. — Herr Krenndt, Fabrikant, giebt den Arbeitern den Rath, nicht für Schandlöhne bei solchen Fabrikanten zu arbeiten. — Herr Zahn bemerkt, daß die Arbeiter sich vollständig darüber klar seien, wie wenig ein einzelner Fabrikant die vorhandenen Zustände ändern könne. Die Fabrikanten könnten sich ebenfalls gegen schädigende Zuzahlungen der Großfisten vereinigen. Es sei doch geradezu unsinnig, auf die albernem Muster Arbeiter zu verlangen, welche für das Auge belebend seien und entstehend wirkten. Der deutsche Exportmarkt habe allerdings durch die Repressivmaßregeln Amerikas, eine Antwort auf die deutschen Zölle, erheblich gelitten; das hätten jene Leute verschuldet, welche dem deutschen Volke die Lebensmittelgölle auferlegten. Die Fabrikanten sollten es den Arbeitern dank wissen, daß diese die Initiative zur Hebung des Gewerbes ergriffen haben, es soll durch die Regelung der Arbeitszeit der planlos erzeugten Ueberproduktion und der sich daraus ergebenden Krise vorgebeugt werden. Das Bestreben der Arbeiter sei nicht darauf gerichtet, einen Streik vom Jenseits zu brechen, sondern möglichst auf gutlichem Wege eine Verständigung zu erzielen. Der Streik könne immer erst als letztes Mittel benutzt werden. Redner ersucht schließlich die Fabrikanten, dem berechtigten Streben der Arbeiter nicht hinderlich zu sein, sondern mit für die Verbesserung der Verhältnisse einzutreten. (Lebhafter Beifall.) Herr Martens, Fabrikant, ist im Allgemeinen auch mit den Bestrebungen der Arbeiter ein-

verstanden. Die Schuld an den schlechten Zuständen im Gewerbe hätten aber nicht die Großfisten, vielmehr jene Kaufleute, welche sich erst Sachleute hielten, die ihnen das Material besorgen und dann die Arbeit an Hausarbeiter ausgeben müßten. Hierauf, sowie aus der Hausindustrie resultire der Niedergang des Gewerbes und daher möge der Fachverein der Lederarbeiter sich gegen diese Krebsgeschäden wenden. (Beifall.) Herr Zahn und Kessel, Fabrikant, nimmt die Großfisten ebenfalls in Schutz; diese hielten nicht, wie behauptet worden, mit den Ordres zu gewissen Zeiten zurück, um den Lohn zu drücken, sondern wären recht froh, wenn sie nur viel Ordres bekämen und ausgeben könnten. — Herr Klaus, Fabrikant, erklärte, daß er im Sinne seiner Kollegen zu handeln glaube, wenn er für die Forderungen der Arbeiter spreche. Gegenwärtig liege aber das Gewerbe darnieder und man werde warten müssen, bis wieder neue Aufträge vorhanden seien. Den Arbeitern gebe er anheim, demnächst die Fabrikanten zu einer internen Versammlung einzuladen, damit man sich gegenseitig verständigen könne. — Herr Klaus wurde die Versicherung gegeben, daß dies geschehen werde. Nachdem die Herren Zahn und Kessel nach einmal das Wort genommen hatten, wurden folgende zwei Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Die heute im Etablissement Wuggenhagen tagende Versammlung der Lederarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ersucht die Fabrikanten, die Forderungen der Arbeiter, 25 pKt. Lohnerhöhung und 9stündige Arbeitszeit, nach Kräften zu unterstützen und sich mit den Bestrebungen des Fachvereins solidarisch zu erklären.

2. Die heute im Restaurant Wuggenhagen tagende öffentliche Versammlung der Lederarbeiter Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich die Kollegen, Mann für Mann dem bestehenden Fachverein beizutreten, und geschlossen die gerechten Forderungen zur Durchführung zu bringen.

Mit einem Hoch auf das Gedeihen der Lederarbeiterbewegung schloß die Versammlung.

**Eine zahlreich besuchte Versammlung des Verbandes der Möbelpolirer** Berlins und Umgegend tagte am Montag, den 17. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Holzmann, Andreasstr. 26, mit der Tagesordnung: 1. Berathung des Minimal-Lohns. 2. Ergänzungswahl der Fachkommission. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Berathung des Minimal-Lohns“ wurde einstimmig beschlossen, bei täglich neunstündiger Arbeitszeit, Montags und Sonnabends 8 Stunden einen Minimallohn von 27 Mark zu fordern. Hierauf folgte die Berathung des Tarifs für Alltagsarbeit, und wurden hierzu die Preise für Alltagsarbeit so gestellt, daß ebenfalls ein Verdienst von 27 M. erzielt werden kann. Der Tarif soll den Arbeitgebern diese Woche vom Vorstand zugesendet werden und haben dieselben sich am Sonnabend, den 22. März, Abends, zu erklären, ob sie den Tarif bewilligen. Am Freitag, den 21. März, Abends von 7 1/2 Uhr an erfolgt die Ausgabe des Lohnariffs an die betreffenden Werkstattdelegirten und zwar in den bekannten drei Zahlstellen der Krankenkasse der Möbelpolirer und haben die Delegirten die Pflicht, wo der Tarif den Arbeitgebern noch nicht zugesendet worden ist, denselben am Sonnabend früh zu überreichen. Am Sonntag, den 23. d. M., findet dann eine Versammlung statt, welche durch Säulenanschlag und Aushänge bekannt gemacht werden soll. Zum 2. Punkt der Tagesordnung Ergänzungswahl der Fachkommission wurde beschlossen, die Fachkommission von vier Mann auf zehn Mann zu vergrößern und wurden hierzu die Kollegen Bindemann, Siedner, Böse, Pöble, Schreier und Walschow gewählt. Hierauf wurden die Namen der Neuaufgenommenen Mitglieder verlesen und die Versammlung um 1 1/4 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

**Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen.** In der am Mittwoch, den 19. d. M., bei Schum, Annenstraße 16, tagenden Mitglieder-Versammlung fand für den ersten Punkt der Tagesordnung eine Vorlesung aus Hest 1 der Arbeiterbildungsheft statt. Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung: „Verschiedenes“ entstand eine Debatte über den in der Ludwig Döwtschen Gewerfabrik zu wählenden ständigen Arbeiterrat. Nach einer klaren Auseinandersetzung und darauf folgenden Erwiderung wurde ein dazu bestimmter Paragraf verlesen, wo es wörtlich heißt: „Wählbar sind nur solche Arbeitnehmer, welche mindestens drei Jahre hinter einander in der Fabrik beschäftigt sind und das 20. Lebensjahr überschritten haben. Dann wahlberechtigt sind nur solche, welche großjährig sind, d. h. vom 23. Jahre an. Folgende darauf erwiderte Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Mitglieder des Verbandes deutscher Mechaniker und verwandten Berufsgenossen, resp. der Döwtschen Arbeiter verpflichten sich, bei der demnächst stattfindenden Wahl des Arbeiterraths sich nicht betheiligen zu wollen.“

Colleg Brinmann macht bekannt, daß überflüssige Vilets zum Herrensabend bis spätestens Mittwoch, den 26. März in seine Wohnung Oranienstraße 116 abgegeben werden müssen. Schluß der Sitzung 19 Uhr.

**Eine öffentliche Arbeiterversammlung** war seitens der Berliner Hutmacher nach dem Saale der Norddeutschen Brauerei einberufen worden, um Stellung zu dem Vorgehen der Berliner Arbeiter-Kontrollkommission zu nehmen. Herr Augustin referirte, die Hutmacher haben ein neues, ein besseres Mittel, als den Streik, gefunden, sie haben eine Kontrollmarke einführen versucht und die bis jetzt erzielten Erfolge lassen auf noch größere Hoffen. Die Fabrikanten sträuben sich natürlich dagegen. Sie wollen die Kontrollmarke bei einer Strafe von 10 000 M. nicht einführen. Abgesehen davon, daß die wenigsten soviel Geld haben, diese Strafe zu bezahlen, müssen sie doch dem Druck der Arbeiterschaft nachgeben. Mehrere von diesen Unterschreibern sind schon vorüberlich geworden. Bis jetzt sind schon 150 000 Marken abgesetzt. Alles wird versucht, der Maßregel der Arbeiter aus dem Wege zu gehen. Alles das, was die Fabrikanten gegen die Einführung der Marken anstellen, wird nicht viel nützen. Die heftigen Innungsmeister beschloßen einmütig, auf keinen Fall Marken zu nehmen, und — am andern Tage kamen 50 von diesen Meistern zu der Kommission und baten um Marken. Der Schlag hat gefolgt, trotzdem die Fabrikanten es leugnen. Wenn die Arbeiter weiter ihr Solidaritätsgelb dadurch beweisen, daß sie nur Markenhüte kaufen, dann würden die Hutmacher auch in ihrem Bestreben weiter kommen, ohne Streik höhere Löhne zu erlangen, ohne Streik den Achtstundentag einzuführen, dann werden sie auch in höherem Maße sich streikenden Gewerkschaften gegenüber erkennen lassen können, wie bisher. Die streikenden Arbeiter werden dann auch nicht mehr nöthig haben, für streikende Hutmacher Unterstüßungen zu zahlen, weil es im Hutgewerbe keinen Streik mehr geben wird. Die Marke sei auf alle Bekleidungsartikel anwendbar. Auch sie werden nicht mehr nöthig haben zu streiken, wenn sie ebenfalls das Markensystem einführen. Die Arbeiter würden ihnen gegenüber ebenso ihre Schuldigkeit thun, wie sie sie bis jetzt den Hutmachern gegenüber gethan haben. Mögen sie sie auch fernerhin thun, indem sie nur Markenhüte kaufen. (Beifall.) Die Diskussion war recht lebhaft. Herr Worgmann macht u. a. darauf aufmerksam, daß die Kontrollmarke schon gefälscht worden sind. Jeder möge auf den Wortlaut der Marke achten. Die Marke muß schon unter dem Schweißleder kleben; sie darf nicht erst eingeklebt werden, wenn der Hut gekauft ist. Nach Schluß der Diskussion erklärt man sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, nur Markenhüte zu kaufen. Ueber die Blumberger Bauern, sowie die gefälschten Zigarrenfabrik wurde der Boykott verhängt. Es wurde noch aufgefordert, die streikenden Lederarbeiter und Färber der Bogemannschen Fabrik nach Kräften zu unterstützen. Dann schloß die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Arbeiterbewegung.

